DGB ◆ TARIFBERICHT

JAHRESBERICHT

West:  Ost:

Redaktion: WSI · Tarifarchiv
Telefon: 02 11/43 75-0 · Fax: 02 11/43 75 74

Herausgeber: DGB Bundesvorstand
Abt. Tarifpolitik und Arbeiter
Hans-Böckler-Str. 39 · 40476 Düsseldorf
Telefon: 02 11/43 01-383 · Fax: 02 11/4 30 14 71

1993

Tarifpolitik in der Rezession: Realeinkommen unter Druck

- Eine Bilanz der Tarifpolitik in Westdeutschland im Jahr 1993 -

Reinhard Bispinck* und WSI-Tarifarchiv**

1. Politisch-ökonomische Rahmenbedingungen
2. Tarifbilanz in Zahlen
3. Ausgewählte Tarifrunden
3.1 Öffentlicher Dienst
3.2 Bergbau
3.3 Bauhauptgewerbe
3.4 Einzelhandel
3.5 Versicherungen
3.6 Chemieindustrie
4. Weitere tarifpolitische Ereignisse
4.1 Tarifliche Kündigungsfristen und das neue Kündigungsfristengesetz
4.2 Angriff auf das Schlechtwettergeld im Baugewerbe
4.3 Neues Tarifwerk für die neue Deutsche Bahn AG (DBAG)
4.4 Haustarifvertrag bei Computerfirma Digital Equipment (DEC)
4.5 Europäischer Tarifvertrag für Kulturkanal ARTE
5. Vorrang für Beschäftigungssicherung - Neue Diskussion um Arbeitszeitverkürzung
5.1 Abschlüsse bei Volkswagen und im Steinkohlenbergbau
5.2 Forderungen für die Tarifrunde 1994
Anhang: Tabellen und Schaubilder

1. Politisch-ökonomische Rahmenbedingungen

1993 war das Jahr der **tiefsten Rezession** der Nachkriegszeit in der (alten) Bundesrepublik[1]. Die Wirtschaft schrumpfte, das Bruttoinlandsprodukt verringerte sich um 1,9 vH gegenüber dem Vorjahr, also weit stärker als noch in der Krise 1981/82. Ursache dafür war neben der anhaltenden Konjunkturschwäche in den wichtigsten Absatzländern der geradezu dramatische Einbruch bei den Ausrüstungsinvestitionen. Die in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre und im Sonderboom 1990/91 aufgebauten und modernisierten Produktionskapazitäten konnten und können nicht mehr annähernd voll ausgelastet werden, ein drastischer Personalabbau in nahezu allen Industriebereichen

---

* Dr. rer. pol., wissenschaftlicher Referent im WSI, Düsseldorf.

** Johanna Höhnen, Luise Kranz, Siglinde Marth, Alice Martens, Monika Müller, Monika Schwacke.

1 Vgl. zu den Zahlen *Statistisches Bundesamt*, Erste Ergebnisse der Inlandsproduktberechnung 1993, Wiesbaden Januar 1993.

war die Folge, die Zahl der registrierten Arbeitslosen schnellte bis zum Jahresende auf über 2,5 Mio. hoch, das sind rund eine halbe Million mehr als noch ein Jahr zuvor.

Zur ökonomische Krise, die die tarifpolitischen Rahmenbedingungen für die Gewerkschaften nachhaltig verschlechterte, gesellte sich ein wachsender **politischer Druck** auf die Tarifparteien, sprich Gewerkschaften, mit "moderaten" Tarifabschlüssen der schwierigen Lage Rechnung zu tragen. Dies stand auch im Zusammenhang mit der Anfang 1993 geführten Auseinandersetzung um den "Solidarpakt", mit dem die Bundesregierung alle gesellschaftlichen Gruppen auf ein Konzept zum Aufbau Ostdeutschlands und zur Sanierung der Staatsfinanzen verpflichten wollte. Auch wenn die Gewerkschaften sich der Einbindung der Tarifpolitik in ein solches Konzept widersetzten, blieb doch die politische Diskussion nicht ohne Einfluß auf die öffentliche Meinung und den Erwartungshorizont der ArbeitnehmerInnen.

In dem Maße, wie sich die Schwere des wirtschaftlichen Einbruchs klarer abzeichnete, setzte auch eine erneute **Diskussion um den Wirtschaftsstandort** Deutschland ein, die von seiten der Arbeitgeber fast ausschließlich mit Arbeitskosten-Argumenten geführt wurde. Die "Kostenkrise" der deutschen Wirtschaft versuchten sie vor allem mit dem Hinweis auf die stark gestiegenen Lohnstückkosten seit Anfang der neunziger Jahre zu begründen. Trotz ihrer mehr als zweifelhaften empirischen Grundlage[2)] bestimmte die Arbeitgeber-Kampagne maßgeblich die Auseinandersetzung insbesondere im Vorfeld der Tarifrunde 1994.

Insgesamt zeigt das Jahr 1993 eine absteigende tarifpolitische Kurve. Waren die Gewerkschaften im Frühjahr immerhin noch zur Durchsetzung von Abschlüssen deutlich über 3 vH in der Lage, wurde dies in der zweiten Jahreshälfte immer schwieriger. Gesamtwirtschaftlich und im Jahresdurchschnitt gesehen konnten die Realeinkommen durch die Tarifabschlüsse nicht gesichert werden. Für die Tarifrunde 1994 ist nach den ersten Abschlüssen im Versicherungsgewerbe und in der chemischen Industrie ein weiterer Abwärtstrend zu erwarten.

Die Bilanz des Tarifjahres weist jedoch auch positive Seiten auf: Die rapide steigende Arbeitslosigkeit führte zu einer **Wiederbelebung der arbeitszeitpolitischen Diskussion** innerhalb der Gewerkschaften. Durch die Initiative von Volkswagen zur Einführung der Vier-Tage-Woche ergaben sich schneller als erwartet auch unmittelbar prak-

2 Vgl. als Überblick zu dieser Diskussion *Zuleger, Th.*, Lohnstückkosten als Faktor für den Standort Bundesrepublik, in: Arbeit und Sozialpolitik 9-10/1993, S. 13 ff., *Heise, A.*, Kosten-Weltmeister ? Oder: Ein weiterer Versuch im "Schwarzer-Peter-Spiel" bei den Lohnstückkosten, in: WSI-Mitteilungen, S. 521. sowie: Hohe Arbeitslosigkeit in den westlichen Industrieländern und Wettbewerbsprobleme, in: DIW-Wochenbericht 40/93, S. 548-553.

tisch-politische Konsequenzen, es eröffneten sich neue Perspektiven für eine tarifpolitische Offensive der Gewerkschaften (vgl. Punkt 5). Die konkreten Ergebnisse bleiben abzuwarten.

2. Tarifbilanz in Zahlen

Im Jahr 1993 haben die DGB-Gewerkschaften für rund 12,5 Millionen Beschäftigte Tarifverträge mit Lohn-, Gehalts- bzw. Entgeltsteigerungen abgeschlossen. Für weitere 4,2 Mio. traten Erhöhungen in Kraft, die bereits im Vorjahr oder früher vereinbart worden waren (vgl. Tabelle 1).

Die **durchschnittliche Abschlußrate** der Neuabschlüsse **betrug 3,3 vH** bzw. einschließlich künftiger Stufenerhöhungen 3,8 vH (vgl. Tabelle 2). Die Spannweite der Abschlüsse war auch in diesem Jahr sehr groß. Sie reichte von 0 vH im Steinkohlenbergbau[3)] über 2,1 vH in der Bekleidungsindustrie[4)], 3 vH im öffentlichen Dienst, 3,3 vH in den Bereichen Druckindustrie und Einzelhandel[5)] bis zu 3,8 vH bei den Banken und 3,85 vH im Bauhauptgewerbe. Für rund 1,3 Mio. (10,7 vH) der von den Tarifabschlüssen begünstigten ArbeitnehmerInnen kam es zu einer Verzögerung der Tariferhöhung zwischen einem und sechs Monaten. Rund 330.000 erhielten für diesen Zeitraum eine Pauschalzahlung, die durchschnittlich 121 DM pro Monat betrug (vgl. Tabelle 3). Die Laufdauer der Tarifabkommen beträgt durchschnittlich 14 Monate. Für rund 80 vH sind es zwölf Monate. Die längere Laufzeit ergibt sich im wesentlichen durch das Zweijahresabkommen im Einzelhandel, von dem 1,6 Mio. ArbeitnehmerInnen betroffen sind.

Die **durchschnittliche Erhöhung der Tarifverdienste 1993** gegenüber dem Vorjahr (kalenderjährliche Erhöhung) **betrug** gesamtwirtschaftlich **3,8 vH**. In der oberen Hälfte der Rangreihe liegt der Wirtschaftsbereich Nahrungs- und Genußmittelgewerbe mit 4,5 vH, gefolgt vom Baugewerbe mit 4,4 vH, dem Bereich Private Dienstleistungen und Organisationen ohne Erwerbszweck mit 4,3 vH, dem Handel mit 4,1 vH und dem Bereich Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft mit 3,9 vH. Unterhalb des Durchschnitts rangieren die Bereiche Investitionsgütergewerbe und Verbrauchsgütergewerbe mit 3,7 vH, Gebietskörperschaften, Sozialversicherung mit 3,4 vH, Verkehr und

---

3 Dort vereinbarte die IG Bergbau zur Beschäftigungssicherung zusätzliche Freischichten statt Tariferhöhungen.

4 Zusätzlich 1,4 vH Lohnausgleich für die Verkürzung der Wochenarbeitszeit um 0,5 auf 37,5 Stunden.

5 Mit einer Stufenerhöhung von weiteren 3,3 vH 1994.

Nachrichtenübermittlung mit 3 vH, Energie- und Wasserversorgung, Bergbau mit 2,4 vH (vgl. Tabelle 6). Die Grafik zeigt die Tariferhöhungen für ausgewählte Wirtschaftszweige/-bereiche.

Angesichts des Anstiegs des Preisindex der Lebenshaltungskosten um 4,1 vH bedeuten diese Ergebnisse der Tarifrunde 1993 für die große Mehrheit der ArbeitnehmerInnen zum Teil erhebliche Realeinkommenseinbußen.

Auch die **effektive Einkommensentwicklung** verlief nach den vorläufigen Jahresergebnissen des Statistischen Bundesamtes real negativ. Die Lohn- und Gehaltssumme je durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer stieg im vergangenen Jahr brutto wie netto lediglich um 2,7 vH und damit deutlich langsamer als die Tarifeinkommen. Eine Ursache liegt darin, daß die Unternehmen im vergangenen Jahr auf breiter Front übertarifliche Leistungen abgebaut bzw. auf Tariferhöhungen angerechnet haben. Die daraus resultierende negative Lohndrift betrug in den ersten drei Quartalen durchschnittlich -0,7 vH und lag damit deutlich über den beiden Vorjahre (jeweils -0,2) (vgl. Tab. 8).[6] **Netto und real** sanken die Arbeitnehmereinkommen um 1,1 vH.

Im abgelaufenen Jahr konnten zwar in einer Reihe von kleineren Tarifbereichen weitere Verkürzungen der **tariflichen Wochenarbeitszeit** vereinbart werden, an den gesamtwirtschaftlichen Zahlen hat dies jedoch wenig geändert. Ende 1993 betrug die *vereinbarte* Wochenarbeitszeit einschließlich der noch nicht in Kraft getretenen Stufen wie bereits ein Jahr zuvor 37,4 Stunden. Allerdings ist die zum Jahresende *gültige* tarifliche Wochenarbeitszeit auf 37,7 Stunden zurückgegangen. Dies bedeutet einen Rückgang gegenüber dem Vorjahr um 0,4 Stunden oder 1 vH (vgl. Tabellen 15 und 16). Hinter diesen Zahlen verbergen sich vor allem die im Frühjahr in Kraft getretenen Verkürzungen in der Metallindustrie (36 Std. ab 1.4.), Chemieindustrie (37,5 ab 1.4.) und Bekleidungsindustrie (37,5 ab 1.5.).

Deutliche Veränderungen ergaben sich bei der Arbeitszeitverkürzung in Form von **freien Tagen**. Ende 1993 bestand für rund 3,5 Mio. Beschäftigte ein Anspruch auf durchschnittlich 3,1 freie Tage, einschließlich künftig in Kraft tretender Bestimmungen 3,6 Tage (vgl. Tabelle 17). Ein Jahr zuvor betrugen die entsprechenden Zahlen 2,8 und 3,0. Maßgeblich geprägt werden diese Regelungen durch die Bestimmungen im Bergbau. Dort gelten für die Beschäftigten 18,8 freie Tage pro Jahr, die durch den neuen Tarifabschluß vom Dezember auf 30 Tage ausgeweitet werden (vgl. Punkt 5.1).

---

6 Vgl. Deutsche Bundesbank, Tarif- und Effektivverdienste in der Gesamtwirtschaft, Ausgabe vom 12.1.1994.

Auch beim tariflichen **Urlaub** konnten leichte Verbesserungen durchgesetzt werden. Der durchschnittliche Urlaubsanspruch stieg gesamtwirtschaftlich im vergangenen Jahr von 28,8 auf 29,2 Arbeitstage. Dies ist im wesentlichen das Ergebnis der Anhebung des Jahresurlaubs auf 30 Arbeitstage in der Bauwirtschaft, der bislang gestaffelt zwischen 23 und 27 Arbeitstagen betragen hatte.

3. Ausgewählte Tarifrunden[7)]

Im vergangenen Jahr gab es keine Lohntarifverhandlungen in der Metallindustrie. Dort hatten sich die Tarifparteien im Frühjahr 1992 auf einen Stufentarifvertrag geeinigt, der für 1993 eine Anhebung der Tarifvergütungen um 3 vH zum 1.4. vorsah. Zugleich trat zum 1.4. die bereits 1990 vereinbarte Verkürzung der Wochenarbeitszeit von 37 auf 36 Stunden in Kraft. Die Kündigungstermine der anderen großen Industriezweige lagen später, so daß sich die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit zunächst auf den öffentlichen Dienst konzentrierte.

3.1 Öffentlicher Dienst

Hier liefen die Lohn- und Gehaltsabkommen zum 31.12.1992 aus. Der ÖTV-Führung war nach der Streikrunde 1992 mit der spektakulären Ablehnung des Verhandlungsergebnisses in der zweiten Urabstimmung[8)] diesmal daran gelegen, die Erwartungen der Mitglieder von vornherein durch eine entsprechende Forderung auf die schlechter gewordenen Rahmenbedingungen auszurichten. Nach dem innergewerkschaftlichen Diskussionsprozeß im Herbst beschloß die Große Tarifkommission Ende November eine **Lohn- und Gehaltsforderung von 5 Prozent**. Für die Beschäftigten in den unteren und mittleren Vergütungsgruppen sollte eine höhere Steigerung der Einkommen in Form einer sozialen Komponente von 150 DM monatlich erreicht werden[9)]. Außerdem sollte ein weiterer Schritt der Wochenarbeitszeitverkürzung ab 1994 durchgesetzt werden. Über die Umsetzungsformen sollte erst nach Beendigung der Lohnrunde '93 mit den öffentlichen Arbeitgebern verhandelt werden.

---

7 Vgl. zu weiteren Einzelergebnissen *Bispinck, R./WSI-Tarifarchiv*, Die Tarifbewegungen in den alten Bundesländern im 1. Halbjahr 1993, in: WSI-Mitteilungen 8/1993, S. 513 ff.

8 Vgl. im Detail *Bispinck, R./WSI-Tarifarchiv*, Tarifbewegungen im 1. Halbjahr 1992 in der alten Bundesrepublik, in: WSI-Mitteilungen 8/1992, hier S. 479 ff.

9 Diese Forderung war umstritten. Der Vorschlag des geschäftsführenden Hauptvorstandes, eine soziale Komponente in *unbestimmter* Höhe zu fordern, war von der Tarifkommission mit einem Abstimmungspatt von 63 zu 63 Stimmen nicht akzeptiert worden.

Die Verhandlungen begannen am 8.1. Dem Verlangen der ÖTV nach einer schnellen Einigung kamen die öffentlichen Arbeitgeber zumindest dadurch entgegen, daß sie bereits in der ersten Verhandlungsrunde ein Angebot vorlegten. Es sah eine Tarifsteigerung von 2,25 vH vor. Die ÖTV lehnte es als in der Höhe und Struktur völlig unzureichend ab und bemängelte insbesondere das Fehlen der sozialen Komponente. In der zweiten Verhandlungsrunde am 22.1. legten die Arbeitgeber kein verbessertes Angebot vor. Weitere Arbeitszeitverkürzungsschritte lehnten sie rundweg ab. Um den "Entscheidungsdruck auf die Arbeitgeber" zu verstärken, berief die Gewerkschaft zur nächsten Verhandlungsrunde auch die Große Tarifkommission ein. Tatsächlich gelang bereits in der dritten Runde am 4.2. der Durchbruch mit folgendem **Ergebnis**: **Anhebung** der Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen **um 3 vH**, Beschäftigte in den unteren Lohn- und Gehaltsgruppen erhalten pro Kind jeweils 10 DM mehr im Monat[10)]. Davon begünstigt werden in der Regel Beschäftigte mit einem monatlichen Einkommen unter 3.200 DM. Dieser Abschluß wurde auch für die *Deutsche Bundesbahn* und die *Deutsche Bundespost* vereinbart.

Die ÖTV räumte ein, daß mit diesem Abschluß deutlich unter der laufenden Inflationsrate von über 4 Prozent ein Preisausgleich voraussichtlich nicht erreicht werde. Die anderen Gewerkschaften sahen sich in ihren Verhandlungen nun mit der gesetzten 3 vH-Marke konfrontiert. Allerdings gelang es ihnen, in einigen Tarifbereichen diese Marke zu überschreiten.

3.2 Bergbau

Der Steinkohlenbergbau befindet sich seit Jahren in einer prekären Krisensituation, die Zahl der Beschäftigten ist kontinuierlich rückläufig. Ihr wirtschaftliches Überleben verdankt die Branche dem "Jahrhundertvertrag", der aus politischen wie wirtschaftlichen Gründen eine Subventionierung der Steinkohleförderung vorsieht, um so eine heimische Energiebasis zu sichern. Vor diesem Hintergrund sind der Tarifpolitik engere Grenzen gezogen als in anderen (Industrie)Bereichen. Im vergangenen Jahr stellte die IG Bergbau keine bezifferte Forderung auf, sondern verlangte lediglich einen Ausgleich der gestiegenen Lebenshaltungskosten. Nach fünf Verhandlungsrunden einigten sich die Tarifparteien darauf, anstelle von Einkommensanhebungen befristet **zusätzliche Freischichten** zu vereinbaren, um auf diese Weise Arbeitsplätze zu sichern. Ab dem 1.3. dieses Jahres gibt es 6 zusätzliche Freischichten (bislang 16/Jahr) befristet auf 18 Monate. Ab dem 1.9.1994 werden diese Freischichten automatisch in Geld umgewandelt.

---

10 Für ArbeiterInnen in den Lohngruppen 1-4 und die Angestellten in den Gruppen X-VIII BAT beträgt der Kinderzuschlag danach 30/40/50 DM ab dem 2. Kind (Staffelung nach Gruppen) sowie erstmals 10 DM für das 1. Kind.

Das ergibt eine Lohn- und Gehaltssteigerung um 3 vH. Außerdem soll die Mehrarbeit und die Sonn- und Feiertagsarbeit durch Reduzierung und Umverteilung bisheriger zusätzlicher Schichten weiter eingeschränkt werden. Nach Angaben der Gewerkschaft werden dadurch ca. 3.700 Arbeitsplätze gesichert. Erstmals hat damit eine Gewerkschaft den (in Verhandlungen durchsetzbaren) Verteilungsspielraum in vollem Umfang zur Verkürzung der Arbeitszeit eingesetzt. Ende des Jahres vereinbarte die Gewerkschaft weitere Freischichten (vgl. Punkt 5.1).

3.3 Bauhauptgewerbe

Die Bauwirtschaft zählte im vergangenen Jahr zu den wenigen Wirtschaftszweigen, die (noch) nicht von dem konjunkturellen Einbruch erfaßt waren. Für die IG Bau-Steine-Erden bedeutete dies günstige Rahmenbedingungen für die Lohnrunde 1993. Dementsprechend lag auch die Tarifforderung mit 6,9 vH deutlich über dem, was die Gewerkschaften in anderen Industrien forderten. Am 30.3. einigten sich die Tarifparteien auf eine **Anhebung** der Löhne und Gehälter für die knapp 1 Million Beschäftigten **um 3,85 vH** ab dem 1.4. bei 12 Monaten Laufzeit. Damit erreichte die Gewerkschaft einen Tarifabschluß, der rund einen halben Prozentpunkt über dem gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt lag. Im Mittelpunkt der gewerkschaftlichen Aktivitäten stand nach dem Abschluß der Lohnrunde der Widerstand gegen die geplante Abschaffung des Schlechtwettergeldes (vgl. Punkt 4.).

3.4 Einzelhandel

Eine Tarifrunde von besonderer Bedeutung fand in diesem Jahr im Einzelhandel statt. Dort **forderte** die HBV Lohn- und Gehaltssteigerungen von **200 DM für alle**, das entspricht einer prozentualen Forderung von etwa 9 vH. Für VerkäuferInnen sollte ein Endgehalt von mindestens 3000 DM erreicht werden. Zusätzlich wurden in allen regionalen Tarifbereichen eine Fülle von unterschiedlichen manteltariflichen Forderungen aufgestellt[11]. Dazu zählten u.a.: Eine Anhebung der Zuschläge für Samstagsarbeit, Arbeit nach 18 Uhr, Mehrarbeit sowie Nacht-, Sonn- und Feiertagsarbeit, Anhebung des Urlaubsgelds, Mindestregelungen für Teilzeitarbeit, weitere Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit, einheitlicher Urlaub von 30 Tagen für alle Beschäftigten, einheitliche Kündigungsfristen für ArbeiterInnen und Angestellte, verbesserte Elternurlaubsregelungen, Einführung von Job-Tickets und anderes mehr.

Als sich nach mehreren Verhandlungsrunden insbesondere bei den Mantelforderungen keinerlei Bewegung abzeichnete, setzte die HBV Anfang Mai zunächst Urabstimmun-

11 Vgl. dazu detailliert die Tarifberichte West Nr. 12/92 - 3/93.

gen in Hamburg und Schleswig-Holstein an, die eine Streikbereitschaft von über 90 vH ergaben. Anfang Juni (9.6.) kam es in Baden-Württemberg zu einem ersten Abschluß, der sich allerdings überraschend ausschließlich auf Lohn und Gehalt bezog, während die Manteltarifverhandlungen auf September vertagt wurden. Danach **steigen die Tarife** rückwirkend zum 1.4. mit einer Laufzeit von 12 Monaten **um 3,3 vH** (Verkaufspersonal 3,55 vH). Ab 1.4.**1994** werden die Einkommen **noch einmal** für weitere zwölf Monate um **3,3 vH** (Verkaufspersonal 3,42 vH) erhöht. Die weiteren Abschlüsse erfolgten nach zum Teil umfangreichen Warnstreiks und regulären Arbeitsniederlegungen bis Ende Juli. Sie beinhalten im Unterschied zu Baden-Württemberg sämtlich mehr oder minder umfangreiche manteltarifliche Regelungen.

Die Lohn- und Gehaltstarife haben alle eine Laufzeit von zwei Jahren (Ausnahme Berlin: 12 Monate) und sehen eine Anhebung von 3,3 vH und nach einem Jahr eine weitere Stufenerhöhung von 3,3 vH vor, zum Teil gibt es stärkere Anhebungen für VerkäuferInnen in der Endstufe und sonstige Strukturverbesserungen. Im Manteltarifbereich wurden u.a. folgende Regelungen getroffen: stufenweise Anhebung der Jahressonderzahlung von 50 auf 60 vH bis 1996, Urlaubsverlängerung um 1-2 Tage insbesondere für jüngere Beschäftigte sowie Anhebung des Urlaubsgelds von 50 auf 55 vH ab 1996, einheitliche Grundkündigungsfrist von 6 Wochen zum Monats- bzw. Quartalsende (zum Teil mit Bestandsschutzregelung), in einigen Bereichen Verlängerung des Elternurlaubs von 4 auf 5 Jahre sowie unbezahlte Freistellung zur Pflege erkrankter Familienangehöriger für 4 Wochen. Zu harten Konflikten kam es über die tarifliche Absicherung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Insbesondere in NRW verzögerte sich der Abschluß um mehrere Wochen. Dort und in einigen anderen Tarifbereichen wurde eine gemeinsame Erklärung (Protokollnotiz) vereinbart, in der sich die Arbeitgeber verpflichten, mit der HBV einen Tarifvertrag über die Lohnfortzahlung abzuschließen, falls der Gesetzgeber Karenztage auf gesetzlichem Wege einführt.

3.5 Versicherungen

Der Gehaltstarifvertrag für die rund 280.000 Beschäftigten im Versicherungsgewerbe lief zum 31.10. aus. Die Gewerkschaft HBV **forderte** eine Anhebung der Tarifvergütungen um **5,5 vH** bei einer Laufzeit von 12 Monaten und eine tarifliche Absicherung des 14. Gehalts. Bislang war ein tarifliches Urlaubsgeld von 50 vH sowie eine Sonderzahlung von 80 vH vereinbart. Außerdem verlangte sie eine Fahrtkostenerstattung öffentlicher Verkehrsmittel für Auszubildende. Zusätzlich wollte HBV eine Tarifvereinbarung über ein Pilotprojekt zur Erprobung von neuen arbeitnehmerorientierten Arbeits- und Arbeitszeitgestaltungsmodellen auf der Basis einer durchschnittlichen Wochenarbeitszeit von 35 Stunden schließen. Während die Arbeitgeber zu

diesem letztgenannten Punkt durchaus Verhandlungsbereitschaft äußerten, lehnten sie die Gehaltsforderung strikt ab und forderten einen Abschluß deutlich unter der Inflationsrate.

In der dritten Verhandlungsrunde am 1.12. kam es überraschend zu einer **Einigung zwischen den Arbeitgebern und der DAG**. Das Abkommen beinhaltet eine Einmalzahlung von 600 DM für die Monate November, Dezember und Januar sowie eine Einkommensanhebung um 2 vH ab dem 1.2. dieses Jahres mit einer Laufzeit von zwölf Monaten. Außerdem ist ein Fahrtkostenzuschuß von 30 DM monatlich vorgesehen, der mit betrieblichen Leistungen verrechnet werden kann. Die Gewerkschaft HBV lehnte diesen Abschluß, den sie im Gesamtvolumen mit 2,3 vH bewertete, als unzureichend ab. Er bringe erhebliche Realeinkommenseinbußen für die Beschäftigten mit sich, werde nur zu 2 vH tarifwirksam und sei angesichts der positiven Branchensituation keineswegs angemessen. Die HBV kündigte für die kommenden Wochen Aktionen an, um die Arbeitgeber zu einem verbesserten Tarifergebnis zu bewegen.

3.6 Chemieindustrie

Ähnlich wie im Versicherungsgewerbe standen die Tarifverhandlungen in der chemischen Industrie bereits unter dem Druck der öffentlichen Diskussion um die Tarifrunde 1994. Nachdem die Branche in den vergangenen Jahren ihre Abschlüsse meist zur Jahresmitte und damit im Windschatten anderer Wirtschaftszweige ausgehandelt hatte, gelangte sie diesmal geradezu zwangsläufig in eine Vorreiterrolle für die anlaufende Tarifrunde 1994, denn die Laufzeiten der regionalen Entgeltabkommen endeten nach dem 15-Monateabschluß aus 1992 zum 31.10., 30.11. und 31.12.1993. Die wirtschaftliche Situation der chemischen Industrie hatte sich bereits seit 1992 deutlich verschlechtert, die Zahl der Beschäftigten war im 1. Halbjahr 1993 gegenüber dem Vorjahr um rund 25.600 zurückgegangen. Dies war nach Angaben der Arbeitgeber der schärfste Beschäftigungseinbruch seit der Ölkrise 1974/75.

Die IG Chemie **forderte** vor diesem Hintergrund bei den Entgelten einen **Ausgleich der Preissteigerungsrate**, der jedoch nicht beziffert wurde, sowie eine Erhöhung der Ausbildungsvergütungen um 60 (70) DM je Ausbildungsjahr sowie Verhandlungen über beschäftigungssichernde Maßnahmen. Die Einkommenstarifverträge sollten eine Laufzeit von 12 Monaten haben. Hinsichtlich der beschäftigungssichernden Maßnahmen forderte die Gewerkschaft eine "verbindliche Absprache, die einen zusätzlichen Beschäftigungsabbau weitestgehend ausschließt". Zu den Eckpunkten sollten gehören:

- stärkere Nutzung von Kurz- und Teilzeitarbeit,

- Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit für bestimmte Arbeitnehmergruppen um max. zwei Stunden ohne Lohnausgleich,
- Förderung betrieblicher Weiterbildungsmaßnahmen,
- Ausgleich der Mehrarbeit in Freizeit,
- Übernahme aller Auszubildenden, wobei dabei über Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich nachgedacht werden könne.

Im Vorfeld sprachen beide Tarifparteien von einer sehr schwierigen Verhandlungsrunde. Die Gewerkschaft lehnte eine Nullrunde ausdrücklich ab. Das für Tarifpolitik zuständige Vorstandsmitglied Hans Terbrack wandte sich überdies gegen die von den Arbeitgebern ins Spiel gebrachten "Leer-Monate" im Rahmen einer sog. Null-Option.[12)]

Es wurden regionale Verhandlungen geführt, wobei dem **Bezirk Nordrhein** nach dem Willen der IG Chemie eine **Pilotfunktion** zukam. Der dort erzielte Abschluß sollte auf die anderen Bezirke übertragen werden. In Nordrhein fanden die beiden ersten Verhandlungen am 3.11. und 23.11. statt, ohne daß es zu einem konkreten Arbeitgeber-Angebot kam. In der dritten Runde am 10.12. kam es zwar bei den beschäftigungssichernden Maßnahmen zu einer Annäherung in einigen Punkten, aber zu einer verbindlichen Absprache waren die Arbeitgeber nicht bereit. Sie beharrten im übrigen auf einem sog. kostenneutralen Abschluß. Eine nominale Erhöhung der Entgelte könne nur in Betracht gezogen werden, wenn gleichzeitig Absenkungen in anderen tariflichen Bereichen vorgenommen würden. Die IG Chemie wies dieses Denkmodell "selbstfinanzierter Entgelterhöhungen" scharf zurück. Die Verhandlungen scheiterten daraufhin.

Noch vor Beginn der Schlichtung einigte sich der Chemie-Berufsbildungsrat, der von beiden Tarifparteien getragen wird, auf eine Erklärung zur Übernahme von Auszubildenden. Danach sollen, wenn eine Übernahme in ein unbefristetes Vollzeitarbeitsverhältnis nicht möglich ist, folgende Möglichkeiten geprüft werden: Übernahme auf ausbildungsfremde Plätze, Abschluß von befristeten bzw. Teilzeit-Arbeitsverträgen.

Am 10.1.1994 begann die Schlichtung, die nach langwierigen Verhandlungen am 11.1. zu einem Ergebnis führte[13)]. Danach werden die Entgelte und Ausbildungsvergütungen nach **3 Leermonaten** ab dem 1.2.1994 um **2 vH** erhöht bei einer Laufzeit bis zum

12 Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 246 vom 22.10.1993.

13 Vgl. dazu auch die Darstellung und Kommentierung der Gewerkschaft selbst in: *IG Chemie-Papier-Keramik, Abt. Tarifpolitik*, Tarifabschluß Chemie - Schlichtungsspruch vom 10. Januar 1994.

31.1.1995[14]. Die Jahressonderzahlung (Weihnachtsgeld) 1994 und 1995 wird auf der Basis von 1993 berechnet und damit eingefroren.

Außerdem wurden **niedrigere Einstellbezüge** vereinbart, "um die Beschäftigung und die praktische Eingliederung von Arbeitnehmern zu fördern". Arbeitnehmer der Entgeltgruppen E1-E9, deren unbefristetes Arbeitsverhältnis nach dem 1.2.1994 beginnt, erhalten im 1. Beschäftigungsjahr 95 vH der sonst geltenden tariflichen Entgeltsätze. Für extern ausgebildete Berufsanfänger der Entgeltgruppen E10-E13 gilt ein Tarifentgelt von 92,5 vH im 1. Beschäftigungsjahr. Auch hier ist die unbefristete Einstellung Voraussetzung. Für Arbeitnehmer, die vor der Einstellung sechs Monate arbeitslos gewesen sind oder in den 24 Monaten vor der Einstellung 12 Monate oder länger in keinem Arbeitsverhältnis gestanden haben, beträgt das Tarifentgelt im 1. Beschäftigungsjahr 90 vH. Diese Regelung gilt auch für befristete Arbeitsverhältnisse. Die gesamte Regelung ist (zunächst) befristet auf die Laufzeit des Entgelttarifvertrages.

Der **Flexibilitätsspielraum bei der Arbeitszeitgestaltung** wurde **erweitert**: Für einzelne Arbeitnehmergruppen oder mit Zustimmung der Tarifvertragsparteien für größere Betriebsteile oder ganze Betriebe kann im Einvernehmen zwischen Arbeitgeber und Betriebsrat abweichend von der tariflichen Wochenarbeitszeit eine bis zu zweieinhalb Stunden längere oder kürzere regelmäßige Arbeitszeit festgelegt werden. Damit ergibt sich eine Schwankungsbreite von 35 bis 40 Stunden, eine halbe Stunde mehr, als der Manteltarifvertrag bislang bereits vorsah[15].

Ein weiterer Bestandteil des Gesamtergebnisses der Schlichtung sind die **Empfehlungen zur Beschäftigungsförderung**. Darin fordern die Tarifparteien die Betriebe auf, bei Beschäftigungsproblemen folgende Möglichkeiten in ihre Entscheidungsprozesse prüfend einzubeziehen:

- flexible Arbeitszeit (insbesondere Verteilzeitraum 12 Monate, zehnstündige tägliche Arbeitszeiten)
- Arbeitszeitdifferenzierung (Schwankungsbreite von +/- 2,5 Stunden)
- Freizeitausgleich von Mehrarbeit
- Kurzarbeit
- Teilzeitarbeit (u.a. freiwillige Herabsetzung der Arbeitszeit für ältere ArbeitnehmerInnen)

14 Dies entspricht einem Tarifvolumen von 1,6 vH für 15 Monate, auf ein Jahr umgerechnet 1,28 vH.

15 Die Mehrarbeitszuschlagsregelung wurde in diesem Zusammenhang verändert: Bislang war der Anknüpfungspunkt auch bei differenzierter Arbeitszeit immer die Überschreitung der regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit von 37,5 Stunden, künftig richtet sich die Zuschlagspflicht nach der jeweils für einzelne Gruppen, Betriebsteile oder Betriebe festgelegten Arbeitszeit.

- unbezahlte Freistellung von der Arbeit
- berufliche Weiterbildung

Zur Übernahme von Auszubildenden wird auf die gemeinsame Erklärung des Chemie-Berufsbildungsrates verwiesen. Für das Gesamtergebnis wurde eine Erklärungsfrist bis zum 26. Januar vereinbart.

Mit diesem Abschluß setzten die Tarifvertragsparteien ein wichtiges tarifpolitisches Datum, und dies nicht nur mit dem materiellen Volumen des Abschlusses. Insbesondere die Vereinbarung der niedrigeren Einstiegsentgelte kann weiterreichende Konsequenzen haben. Denn damit wurden erstmals für einen großen Flächentarifvertrag die von Arbeitgebern und von politischer Seite vielfach geforderten niedrigeren Einstiegslöhne als Instrument der Beschäftigungsförderung akzeptiert. Zwar macht die IG Chemie den Vorbehalt, daß die tarif- und arbeitsmarktpolitische Tauglichkeit erst aufgrund künftiger Erfahrungen ... beurteilt werden kann", aber die Regelungen bieten gleichwohl einen Bezugspunkt für die politische Auseinandersetzung. So wird vor allem die Argumentation der Gewerkschaften gegen Niedrig-Tarife für ABM und gegen die staatlichen Lohnvorgaben nach dem § 249 h AFG durch diese Regelungen deutlich erschwert.

4. Weitere tarifpolitische Ereignisse

Neben den Verhandlungen der Lohnrunde 1993 hat es eine Fülle weiterer tarifpolitisch bedeutsame Aktivitäten gegeben, die hier nicht umfassend dargestellt werden können. Auf einige wichtige Ergebnisse sei hier stellvertretend hingewiesen.

4.1 Tarifliche Kündigungsfristen und das neue Kündigungsfristengesetz

Seit dem 15.10. vergangenen Jahres gelten die Bestimmungen des neuen Kündigungsfristengesetzes (KündFG), das eine Vereinheitlichung der Fristen für ArbeiterInnen und Angestellte beinhaltet. Faktisch bringt es **Verschlechterungen für die Gruppe der Angestellten**, weil es die Grundkündigungsfrist drastisch verkürzt und auch ein Teil der verlängerten Kündigungsfristen kürzer sind als nach den zuvor geltenden Gesetzesbestimmungen. Das neue Gesetz tangiert auch die bestehenden tariflichen Regelungen[16]. Dort wo in den Tarifverträgen lediglich auf die gesetzlichen Bestimmungen verwiesen wird (z.B. "es gelten die gesetzlichen Bestimmungen"), fehlt es nach der

16 Vgl. *Kehrmann, K.*, Neue gesetzliche Kündigungsfristen für Arbeiter und Angestellte, in: Arbeitsrecht im Betrieb 12/1993, S. 746 ff.

Rechtsprechung an einem konstitutiven Gestaltungswillen der Tarifperteien[17], es gelten dann die neuen Bestimmungen des KündFG. Anders verhält es sich bei einer eigenständigen Formulierung im Tarifvertrag, und zwar im Zweifel auch dann, wenn diese sich an den Wortlaut der gesetzlichen Bestimmungen anlehnt. Nach einer Untersuchung des WSI-Tarifarchivs muß davon ausgegangen werden, daß ein beachtlicher Teil der Angestellten von den Verschlechterungen des Kündigungsfristengesetzes betroffen ist[18].

4.2 Angriff auf das Schlechtwettergeld im Baugewerbe

Der von der Bundesregierung geplante Sozialabbau beinhaltet auch die **Abschaffung des Schlechtwettergeldes** (SWG) in der Bauwirtschaft. Das SWG gewährleistet in der Winterperiode von November bis März je ausgefallene Arbeitsstunde einen Lohnausgleich zwischen 63 und 68 vH des Nettolohns. Es zielt auf die ganzjährige Beschäftigung der Bauarbeiter und konnte unter Einschluß des tariflichen Kündigungsverbotes und des Lohnausgleichs zwischen Weihnachten und Neujahr seit seiner Einführung im Jahr 1959/60 Winterarbeitslosigkeit in dieser Branche vermeiden. Die IG Bau-Steine-Erden kritisierte, daß mit der Abschaffung des SWG nicht wie geplant 720 Mio. DM eingespart, sondern gesamtwirtschaftlich Mehrausgaben bzw. Mindereinnahmen an Steuern und Sozialbeiträgen von jährlich 1,2 Mrd. DM verursacht werden. Des weiteren entfällt mit dem SWG in vielen Fällen die Geschäftsgrundlage für die Sozialkassentarifverträge und für Schutzvorschriften im Bundesrahmentarifvertrag. Die SWG-Streichung ist "somit nicht nur wirtschaftlich unsinnig und sozialpolitisch unverantwortlich, sie hat auch verheerende tarifpolitische Auswirkungen"[19]. Die Gewerkschaft mobilisierte deswegen in zahlreichen Aktionen und Veranstaltungen gegen die Regierungspläne. An einer zentralen Kundgebung am 28.10. in Bonn nahmen rund 120.000 Bauarbeiter teil. Ein Teilerfolg des gewerkschaftlichen Widerstandes, der die Gewerkschaft allerdings nicht zufriedenstellte, war die Entscheidung der Bundesregierung, die SWG-Abschaffung zunächst bis 1996 zu verschieben und bis dahin den Leistungszeitraum auf die Monate Dezember bis Februar zu beschränken.

---

17 Ebenda, S. 747.

18 Vgl. *Bispinck, R./WSI-Tarifarchiv,* Tarifliche Kündigungsfristen und das neue Kündigungsfristengesetz, Elemente qualitativer Tarifpolitik Nr. 21, Düsseldorf Mai 1993.

19 *IG Bau-Steine-Erden,* Der Angriff auf das Schlechtwettergeld - Daten, Fakten, Auswirkungen, Frankfurt, Juli 1993.

4.3 Neues Tarifwerk für die neue Deutsche Bahn AG (DBAG)

Nach langjährigen Vorbereitungen ist zum Jahresbeginn 1994 die **Privatisierung der Deutschen Bundesbahn** (DB) und ihre Zusammenführung mit der ostdeutschen Reichsbahn (DR) zur Bahn AG in Kraft getreten. Dies erforderte umfangreiche tarifpolitische Anpassungsmaßnahmen, die zwischen der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GdED) und dem Vorstand von DB und DR ausgehandelt wurden. Am 10.12.1993 einigten sich die Tarifparteien auf neue Mantel- und Entgeltbestimmungen. Die vereinbarten Verträge gelten ab 1.1.1994. In den neuen Bestimmungen wird nicht mehr - wie bisher - zwischen Arbeitern und Angestellten unterschieden.

Das neue Eckentgelt liegt mit 2.740 DM rund 8 vH niedriger als als bei der früheren Bundesbahn. Die Tariferhöhung 1994 soll für die übergeleiteten ArbeitnehmerInnen dem Tarifergebnis im öffentlichen Dienst entsprechen. Für diese Beschäftigten besteht im übrigen eine Entgeltsicherung über eine persönliche Zulage, die in den beiden kommenden Jahren durch geringere Tariferhöhungen abgeschmolzen wird. Auch der bisherige Kündigungsschutz (ab 40. Lebensjahr bei 15 Dienstjahren) bleibt den Alt-Beschäftigten erhalten. Einige Tarifleistungen konnten angehoben werden, so die vermögenswirksamen Leistungen (26 statt 13 DM) und das Urlaubsgeld (800 statt 500/600 DM)[20]. Bemerkenswert ist auch der Tarifvertrag zur beruflichen Aus-, Fort- und Weiterbildung, der neben allgemeinen Grundsätzen auch konkrete Einzelbestimmungen über Träger, Maßnahmen, Kostenerstattung u.a.m. enthält.

4.4 Haustarifvertrag bei Computerfirma Digital Equipment (DEC)

Erhebliches Aufsehen erregte der Tarifkonflikt zwischen der IG Metall und dem Computerunternehmen Digital Equipment (DEC). Erstmals kam es in der Computerindustrie zu einem Arbeitskampf, den die Gewerkschaft erfolgreich abschließen konnte. Nach zweiwöchigem Ausstand setzte die IG Metall am 25.6.1993 einen Tarifvertrag durch, der die Übernahme der Tarifverträge des Tarifbereichs Südbaden der Metallindustrie für die 15 Niederlassungen von DEC zum Gegenstand hat ("Anerkennungstarifvertrag"). Darüber hinaus einigten sich die beiden Parteien auf eine Reihe beschäftigungssichernder Maßnahmen sowie Regelungen zur Betriebsratsstruktur im Konzern. Damit konnte die IG Metall erstmals in einem Unternehmen dieser Branche das Niveau der tariflichen Regelungen der entsprechenden Flächentarifverträge durchsetzen, darunter auch die 36-Stunden-Woche. Bis zum 31.12.1994 ist eine neue einheitliche Entgeltstruktur über Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen zu vereinbaren, wobei

20 Dadurch wird die Einkommensanpassung der übergeleiteten Beschäftigten abgemildert oder voll ausgeglichen.

durch eine Besitzstandsregelung die Effektiveinkommen abgesichert werden sollen. Die Umsetzung der neuen Entgeltbestimmungen in den einzelnen Unternehmen wird in paritätisch besetzten Kommissionen erfolgen.

4.5 Europäischer Tarifvertrag für Kulturkanal ARTE

Einen ersten europäischen Tarifvertrag hat die IG Medien gemeinsam mit der französischen Gewerkschaft CFDT für die Beschäftigten des deutsch-französischen TV-Kulturkanals ARTE abgeschlossen. Nach langem Widerstand des Managements und Warnstreiks der Beschäftigten erreichten die Gewerkschaften am 27.10.1993 eine **Gehaltserhöhung** für die ARTE-Beschäftigten **von 4 vH** für 1993 sowie einen Ausgleich für Währungsverluste für deutsche MitarbeiterInnen. Außerdem wurden Verhandlungen über einen Manteltarifvertrag aufgenommen. Einen Entwurf dafür hatten die Gewerkschaften bereits im Juni 1992, wenige Wochen nach dem Sendestart von ARTE, vorgelegt.

5. Vorrang für Beschäftigungssicherung - Neue Diskussion um Arbeitszeitverkürzung

Obwohl die Zielmarke der 35-Stunden-Woche noch längst nicht für alle ArbeitnehmerInnen tarifpolitische Wirklichkeit ist, war es in den vergangenen Jahren um die Arbeitszeitpolitik still geworden. Der Elan der gewerkschaftlichen Arbeitszeitkampagne war erschlafft. Wer sich, wie der IG Medien-Vorsitzende Detlef Hensche, für eine neue Initiative zur Arbeitszeitverkürzung einsetzte[21)], sah sich in der Rolle des einsamen Rufers in der Wüste. Es bedurfte erst des dramatischen Anstiegs der Arbeitslosigkeit in der alten Bundesrepublik, um das Thema erneut auf die Tagesordnung zu setzen. So diskutierte der Tarifpolitische Ausschuß des DGB erstmals wieder im August vergangenen Jahres über "Arbeitszeitverkürzung als beschäftigungspolitisches Instrument". Um diese Zeit wurde allerdings die öffentliche Diskussion noch von der Forderung nach Arbeitszeitverlängerung bestimmt. Einige Länderministerpräsidenten dachten laut über die 40-Stunden-Woche für Beamte nach, Wirtschaftsminister Rexrodt sah in längeren Arbeitszeiten ein wichtiges Mittel zur Sicherung des Wirtschaftsstandorts Deutschland, der Bundeskanzler räsonierte über den "Freizeitpark Deutschland". Über Nacht änderte sich das Szenario, als der **Volkswagen-Konzern** seine Überlegungen zur Einführung der **Vier-Tage-Woche** publik machte. Erstmals entschloß sich ein führendes Industrie-Unternehmen, mit radikaler Arbeitszeitverkürzung (wenn auch ohne Lohnausgleich) zu ei-

---

21 Vgl. *Hensche, D.*, Arbeitszeit - ein unzeitgemäßes Thema ?, in: *Fricke, W.*, Jahrbuch Arbeit und Technik 1993, S. 189-197.

ner Stabilisierung der Beschäftigung zu gelangen. Damit wurde die von den Arbeitgeberverbänden jahrelang mühsam verteidigte Grundsatzposition von der angeblich mangelnden Beschäftigungswirkung der Arbeitszeitverkürzung zur Makulatur. Auch innerhalb der Gewerkschaften wirkte diese Initiative wie ein Treibsatz. Innerhalb kurzer Zeit wurden Konzepte und Vorschläge zur Beschäftigungssicherung durch Arbeitszeitpolitik diskussions- und teilweise auch forderungsfähig, die bis dahin kaum Widerhall gefunden hatten[22]. Die Gewerkschaften zeigten sich bereit, unter bestimmten Voraussetzungen und bei entsprechenden Gegenleistungen der Arbeitgeber auch den Lohnausgleich bei Arbeitszeitverkürzung zur Disposition zu stellen.

5.1 Abschlüsse bei Volkswagen und im Steinkohlenbergbau

Vier-Tage-Woche bei Volkswagen

Am 26. Oktober vergangenen Jahres informierte der Vorstand der Volkswagen AG den Gesamtbetriebsrat und zwei Tage später die Öffentlichkeit über Pläne, angesichts der akuten (Absatz)Probleme des Unternehmens vorübergehend eine Vier-Tage-Woche bei entsprechend reduzierter Bezahlung einzuführen. Die ersten gewerkschaftlichen Reaktionen waren zunächst vorsichtig positiv. Bereits am 11. November kam es zu einem ersten Tarifgespräch über dieses Vorhaben. Streitpunkt war vor allem die Frage, in welchem Umfang die Beschäftigten bei der Arbeitszeitverkürzung um 20 vH auf 28,8 Stunden/Woche auf Einkommen verzichten müßten. Nach 5 Verhandlungsrunden erreichten die Tarifparteien am 25.11. eine grundsätzliche Einigung, der die VW-Tarifkommission der IG Metall mit breiter Mehrheit bei nur sieben Gegenstimmen zustimmte. Sie sieht vor:

- **Verzicht** des Unternehmens **auf betriebsbedingte Kündigungen** für die Laufzeit des Vertrages von 2 Jahren,

- Einführung der **Vier-Tage-Woche** mit einer Wochenarbeitszeit von 28,8 Stunden für alle Beschäftigten,

- Reduzierung der Löhne und Gehälter um 20 vH, jedoch **Absicherung der bisherigen Monatseinkommen.**

22 Vgl. im Überblick *Seifert, H.*, Arbeitszeitverkürzungen neu diskutiert, in: WSI-Mitteilungen 11/1993, S. 746-751.

Diese Absicherung wurde durch folgende Maßnahmen erreicht:

- Die 35-Stunden-Woche wird mit vollem Lohnausgleich von 2,8 vH vom Oktober 1995 auf den 1.1.1994 vorgezogen.
- Die zum 1.11.1993 fällige Lohnerhöhung von 3,5 vH wird auf den 1.1.1994 verschoben, der Lohnausgleich für die 35-Stunden-Woche wird darauf angerechnet.
- Im Vorgriff auf die Tariferhöhung zum 1.8.1994 wird eine Entgelterhöhung von 1 vH gezahlt.
- Der bei VW übliche Sonderurlaub ("Erholungsfreizeit") fällt weg, er wird mit einem Teil des Lohnausgleichs der 35-Stunden-Woche verrechnet.
- Die Jahressonderzahlung (93 vH eines Monatseinkommens) und etwa drei Viertel des Urlaubsgeldes werden ab 1.1.1994 in monatliche Zahlungen umgewandelt[23)] und füllen so das reduzierte Monatsentgelt weiter auf.

Am Beispiel des Entgeltniveaus F sieht diese Rechnung folgendermaßen aus:

Monatsentgelt des Entgeltniveaus F bei Vier-Tage-Woche

4099 DM	Monatsentgelt F bei 36 Stunden
3279 DM	bei 28,8 Stunden
820 DM	20 vH Einsparung
+143 DM	3,5 vH Tariferhöhung vom 1.11.1993
+41 DM	1 vH vorgezogene Tariferhöhung
+ 204 DM	Vorziehen der 35-Stunden-Woche + VW-Beitrag
+274 DM	Umverteilung Jahressonderzahlung
+158 DM	Umwandlung Urlaubsgeld
4099 DM	Monatslohn ab 1.1.1994

Quelle: IG Metall

Nach Angaben von VW ergibt dieser Abschluß eine Kostenersparnis von 20 vH (2,2 Mrd. DM), die IG Metall geht von einer Minderung des Jahreseinkommens um 10 vH aus. Die auf den ersten Blick unerklärliche Differenz kommt dadurch zustande, daß VW neben den unmittelbaren Personalkosteneinsparungen auch die vermiedenen Kosten der Abbauplanung mit Kurzarbeit, Abfindungen und Sozialplanaustritten einrechnet, während die IG Metall sich ausschließlich auf die Tarifeinkommen bezieht.

23 Der restliche Teil des Urlaubsgeldes wird als einheitlicher Betrag für alle in gleicher Höhe von 764 DM pro Jahr 1994 und 1995 ausbezahlt.

Beide Tarifparteien, so ist es im Verhandlungsergebnis festgehalten, sind sich darüber einig, daß zur Beschäftigungssicherung weitere Maßnahmen erforderlich sind. Dies können z.B. arbeitsfreie Blockzeiten zur Qualifizierung und ein sogenanntes Stafettenmodell für jüngere und ältere Beschäftigte sein.

30 zusätzliche Freischichten im Steinkohlenbergbau

Bereits in dem Tarifabschluß vom Frühjahr des Jahres 1993 hatte die IG Bergbau den Weg der Beschäftigungssicherung durch Arbeitszeitverkürzung beschritten (vgl. Punkt 3.2). Im Laufe des Jahres wurde immer deutlicher, daß weitere Entlassungen von mehreren tausend Beschäftigten unausweichlich werden würden. Der IG Bergbau-Vorsitzende Hans Berger brachte deshalb bereits im Sommer 1993 den Gedanken einer Vier-Tage-Woche für diesen Tarifbereich ins Spiel. Im Herbst kam es zu konkreten Verhandlungen, die nach der zweiten Runde am 20.12. zu folgendem Ergebnis führten: Durch die Einführung von zusätzlichen 30 Freischichten für die Jahre 1994 und 1995 wird die drohende Entlassung von rund 10.000 Beschäftigten vermieden und die Übernahme aller Auszubildenden gesichert.

- Die nach dem laufenden Tarifvertrag bereits vereinbarte Einkommenserhöhung um 3 vH ab 1.9.1994 wird bis zum 31.12.1995 in acht bezahlte Freischichten umgewandelt. Danach erfolgt eine Umwandlung der Freischichten in Geld.

- Zu den bereits tarifvertraglich vereinbarten persönlichen Freischichten (16 im Jahr) und den 8 Zusatzfreischichten erhalten ArbeiterInnen und Angestellte 1994 und 1995 insgesamt 22 weitere bezahlte Zusatzfreischichten. Zur Finanzierung dieser 22 Freischichten werden die vorhandenen Einkommen 1994 und 1995 um 6 vH gekürzt.

- Um die Kürzung der Monatseinkommen zu mildern, wird ein Teil der Jahresleistung in monatliche Zahlungen von 110 DM umgewandelt.

- Für die unteren Lohngruppen 2 bis 6 sowie die entsprechenden Gehaltsgruppen und -stufen ist ein gestaffelter sozialer Ausgleich vorgesehen.

Über eine mögliche Anhebung der Einkommen ab 1.9.1994 kann unabhängig von diesem Tarifabschluß verhandelt werden.

5.2 Forderungen für die Tarifrunde 1994

Die Tarifrunde 1994 bringt offenkundig eine verschärfte Kampagne der Arbeitgeberverbände in Richtung Tarifwende. Nach dem - durchaus erfolgreichen - Versuch, in der Tarifrunde 1993 die Abschlüsse nach unten zu drücken, soll 1994 kein weiterer (nomineller) Anstieg der tarifbedingten Arbeitskosten zugelassen werden. Vielfach wird sogar eine "Minus-Runde" im Sinne einer absoluten Senkung des Lohn(kosten)niveaus durch die Tarifabschlüsse gefordert. Dies ist auch der Hintergrund der Kündigung nicht nur der Vergütungstarifverträge, sondern auch der Urlaubsabkommen durch die Arbeitgeberverbände der Metallindustrie. Sie fordern eine Kostenentlastung von 10-15 vH.

Die Gewerkschaften fordern überwiegend einen Ausgleich der Preissteigerungsrate bzw. eine Sicherung der Realeinkommen. Hinzu kommt die Forderung nach beschäftigungssichernden Maßnahmen. In vielen Fällen haben die Gewerkschaften, anders als in den Vorjahren, auf eine Quantifizierung ihrer Forderung verzichtet. Anders die IG Metall, deren Forderungen regional zwischen 5,5 und 6 vH schwanken. 4 vH sollen einem Ausgleich der Preissteigerungsrate dienen, im übrigen sollen damit beschäftigungssichernde Maßnahmen finanziert werden. Die ÖTV fordert für den öffentlichen Dienst eine Anhebung im Gesamtvolumen von 4 vH bei stärkerer Berücksichtigung der unteren Gruppen.

Anhang zum WSI-Tarifbericht West 1993

I. Schaubilder

Schaub. 1: Durchschnittliche Erhöhung der Tarifverdienste 1993 gegenüber dem Vorjahr - Wirtschaftsbereiche -
Schaub. 2: Durchschnittliche Erhöhung der Tarifverdienste 1993 gegenüber dem Vorjahr - ausgewählte Wirtschaftszweige -
Schaub. 3: Tarifliche Wochenarbeitszeit nach Wirtschaftsbereichen
Schaub. 4: Tarifliche Wochenarbeitszeit nach Wirtschaftszweigen
Schaub. 5: Beschäftigte nach tarifvertraglicher Wochenarbeitszeit
Schaub. 6: Beschäftigte nach tarifvertraglich vereinbarter Wochenarbeitszeit

II. Tabellen

Tab. 1: Anzahl der von Tarifverträgen erfaßten und 1993 begünstigten Arbeitnehmer
Tab. 2: Durchschnittliche Abschlußraten der Lohn-, Gehalts- und Entgelttarifverträge aus 1993
Tab. 3: Verzögerungen und Pauschalzahlungen in der Tarifrunde 1993
Tab. 4: Vereinbarte Laufdauer der Lohn-, Gehalts- und Entgelttarifverträge aus 1993
Tab. 5: Kündigungstermine der Lohn-, Gehalts- und Entgelttarifverträge bis 1995
Tab. 6: Durchschnittliche Erhöhung der Tarifverdienste in 1993
Tab. 7: Prozentuale Erhöhung der Tarifverdienste in der Gesamtwirtschaft 1983 - 1993
Tab. 8 Tarif- und Effektivverdienste in der Gesamtwirtschaft
Tab. 9: Lohn-, Preis- und Produktivitätsentwicklung 1971 - 1993
Tab. 10: Ausbildungsvergütungen in 23 ausgewählten Tarifbereichen
Tab. 11: Tarifliche Lohn-, Gehalts- und Entgeltstruktur in 23 ausgewählten Tarifbereichen
Tab. 12: Tarifvertragliche Zusatzleistungen (Urlaubsgeld und Jahressonderzahlung)
Tab. 13: Tarifvertragliche vermögenswirksame Leistungen
Tab. 14: Entwicklung der tarifvertraglichen Wochenarbeitszeit 1984 - 1993
Tab. 15: Tarifvertraglich vereinbarte Wochenarbeitszeit 1993
Tab. 16: Tarifvertragliche Wochenarbeitszeit in Kraft Ende 1993
Tab. 17: Arbeitszeitverkürzung in Form von freien Tagen
Tab. 18: Tariflicher Urlaubsanspruch
Tab. 19: Tarifliche Wochen- und Jahresarbeitszeit
Tab. 20: Kündbarkeit der tariflichen Wochenarbeitszeit- und Urlaubsregelungen

III. Ausgewählte Tarifabschlüsse (Übersicht)

Abkürzungsverzeichnis

Für Tarifverträge

ETV	=	Entgelttarifvertrag (s.u.)
ERTV	=	Entgeltrahmen tarifvertrag
GRTV	=	Gehaltsrahmentarifvertrag
GTV	=	Gehaltstarifvertrag
LRTV	=	Lohnrahmentarifvertrag
LTV	=	Lohntarifvertrag
MTV	=	Manteltarifvertrag
RTV	=	Rahmentarifvertrag
TV	=	Tarifvertrag
Verg.TV	=	Vergütungstarifvertrag

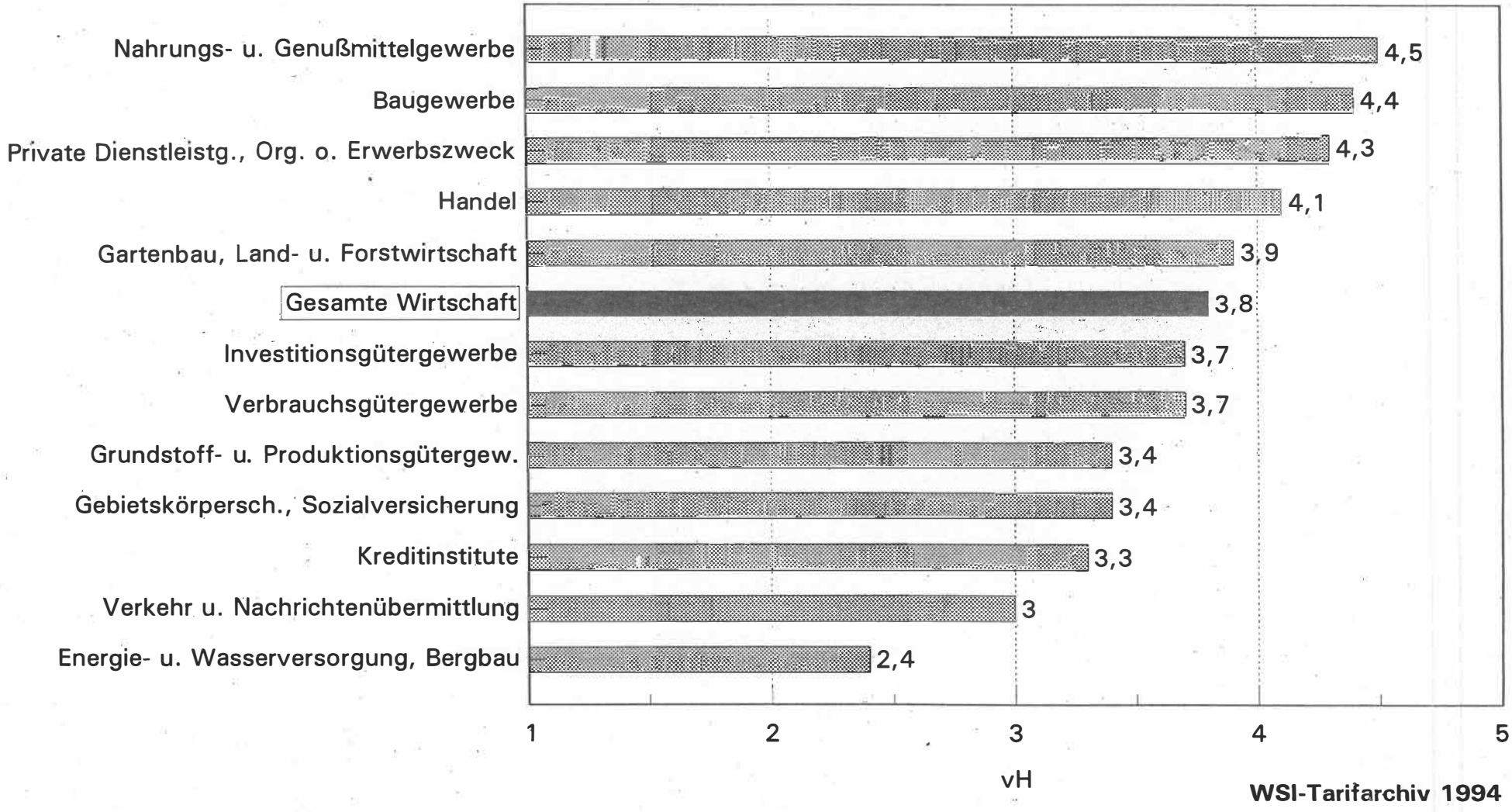
Für Tarifbestimmungen:

AG	=	Arbeitgeber
AN	=	Arbeitnehmer
Ang.	=	Angestellte
Arb.	=	Arbeitgeber
AT	=	Arbeitstage
Ausz.	=	Auszubildende
Ausl.	=	Auslösung
AV	=	Ausbildungsvertrag
AZ	=	Arbeitszeit
Bj.	=	Berufsjahre
BZ	=	Betriebszugehörigkeit
E	=	Entgelt
G	=	Gehalt
Gr.	=	Gruppe
L	=	Lohn
LGr.	=	Lohngruppe
Lj.	=	Lebensjahr
ME	=	Monatseinkommen
Qual.	=	Qualifikation
Ratio	=	Rationalisierungsschutzbestimmungen
S	=	Sonstige Bestimmungen
SZ	=	Sonderzahlung (13. Monatsgehalt), Jahressonderzahlung o.ä.)
Tj.	=	Tätigkeitsjahre
Url.	=	Urlaub
U-Geld	=	Urlaubsgeld
unbefr.	=	unbefristet
UT	=	Urlaubstage
VermL	=	Vermögenswirksame Leistungen
WT	=	Werktage
W-Geld	=	Weihnachtsgeld
Z	=	Zuschläge/Zulagen

Für Gewerkschaften

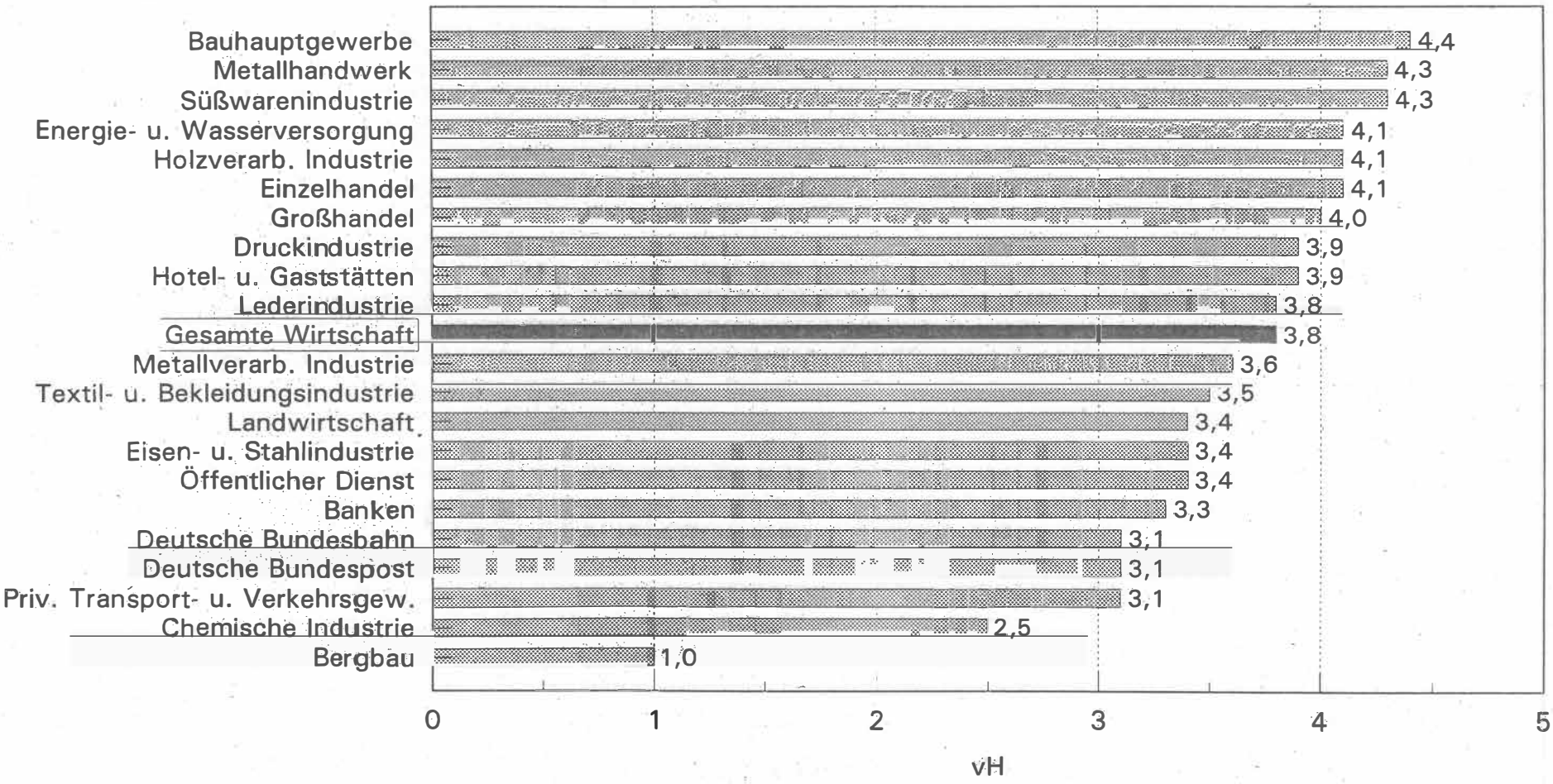
BSE	=	IG Bau-Steine-Erden
IGBE	=	IG Bergbau und Energie
CPK	=	IG Chemie-Papier-Keramik
GdED	=	Gew. der Eisenbahner Deutschlands
GEW	=	Gew. Erziehung und Wissenschaft
GGLF	=	Gew. Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft
HBV	=	Gew. Handel, Banken und Versicherungen
GHK	=	Gew. Holz und Kunststoff
GL	=	Gew. Leder
IGMed.	=	IG Medien
IGM	=	Industriegewerkschaft Metall
NGG	=	Gew. Nahrung-Genuss-Gaststätten
ÖTV	=	Gew. Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
GdP	=	Gew. der Polizei
DPG	=	Deutsche Postgewerkschaft
GTB	=	Gew. Textil-Bekleidung

Durchschnittliche Erhöhung der Tarifverdienste 1993
- Wirtschaftsbereiche -
(Kalenderjährliche Erhöhung gegenüber dem Vorjahr)



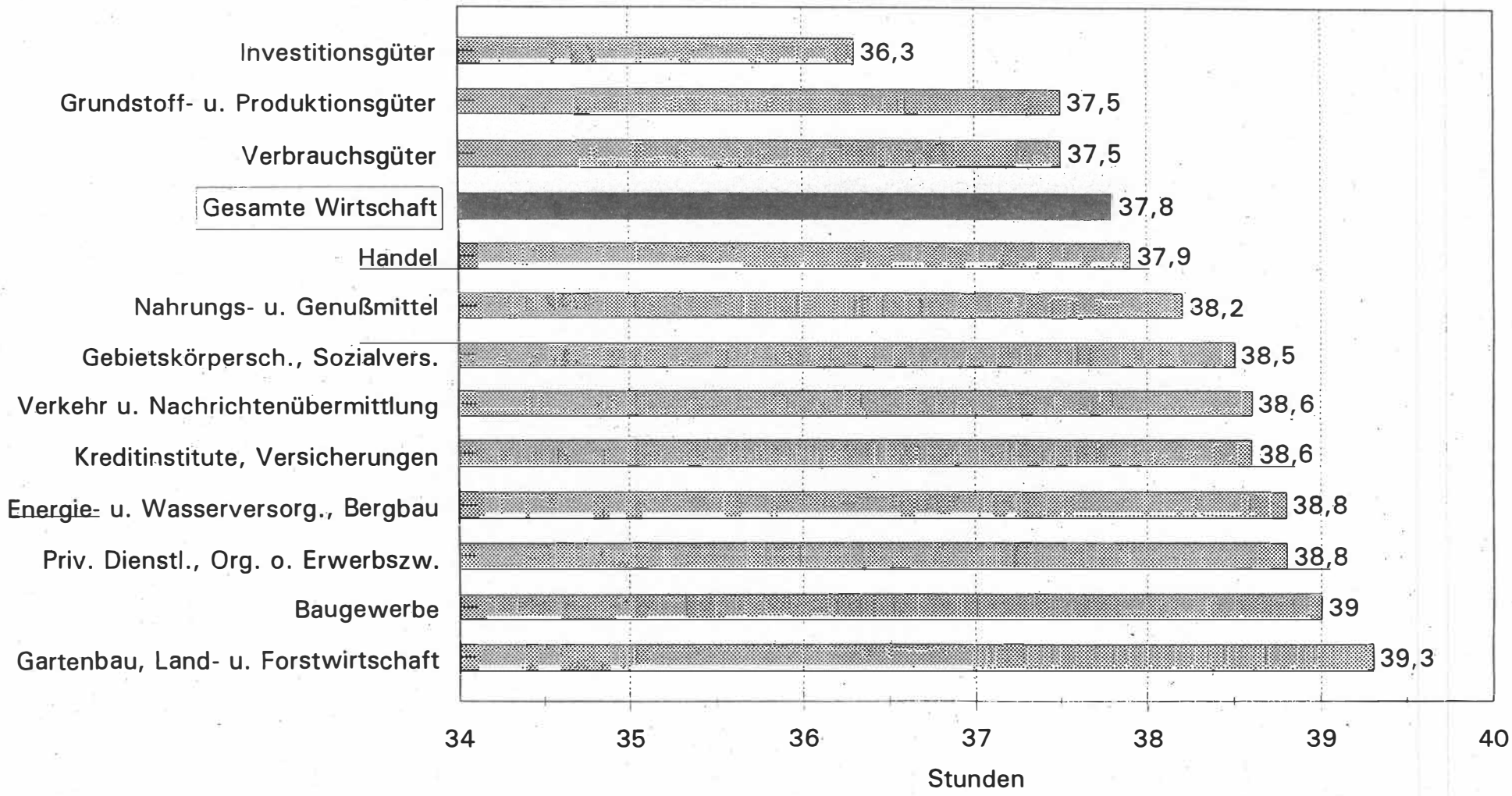
WSI-Tarifarchiv 1994

Durchschnittliche Erhöhung der Tarifverdienste 1993
- ausgewählte Wirtschaftszweige -
(Kalenderjährliche Erhöhung gegenüber dem Vorjahr)



WSI-Tarifarchiv 1994

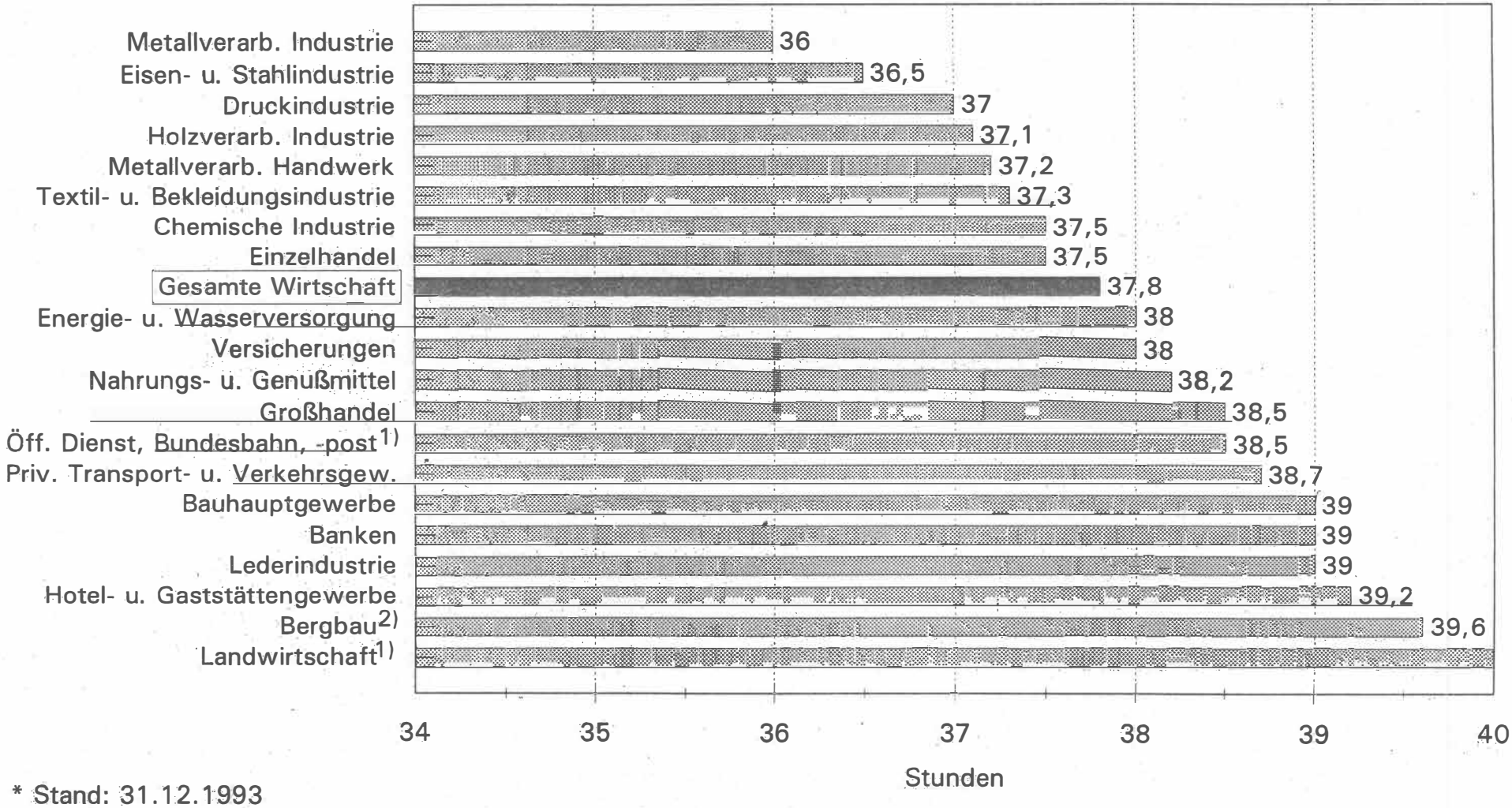
Tarifliche Wochenarbeitszeit nach Wirtschaftsbereichen*



* Stand: 31.12.1993

WSI-Tarifarchiv 1994

Tarifliche Wochenarbeitszeit nach ausgewählten Wirtschaftszweigen *



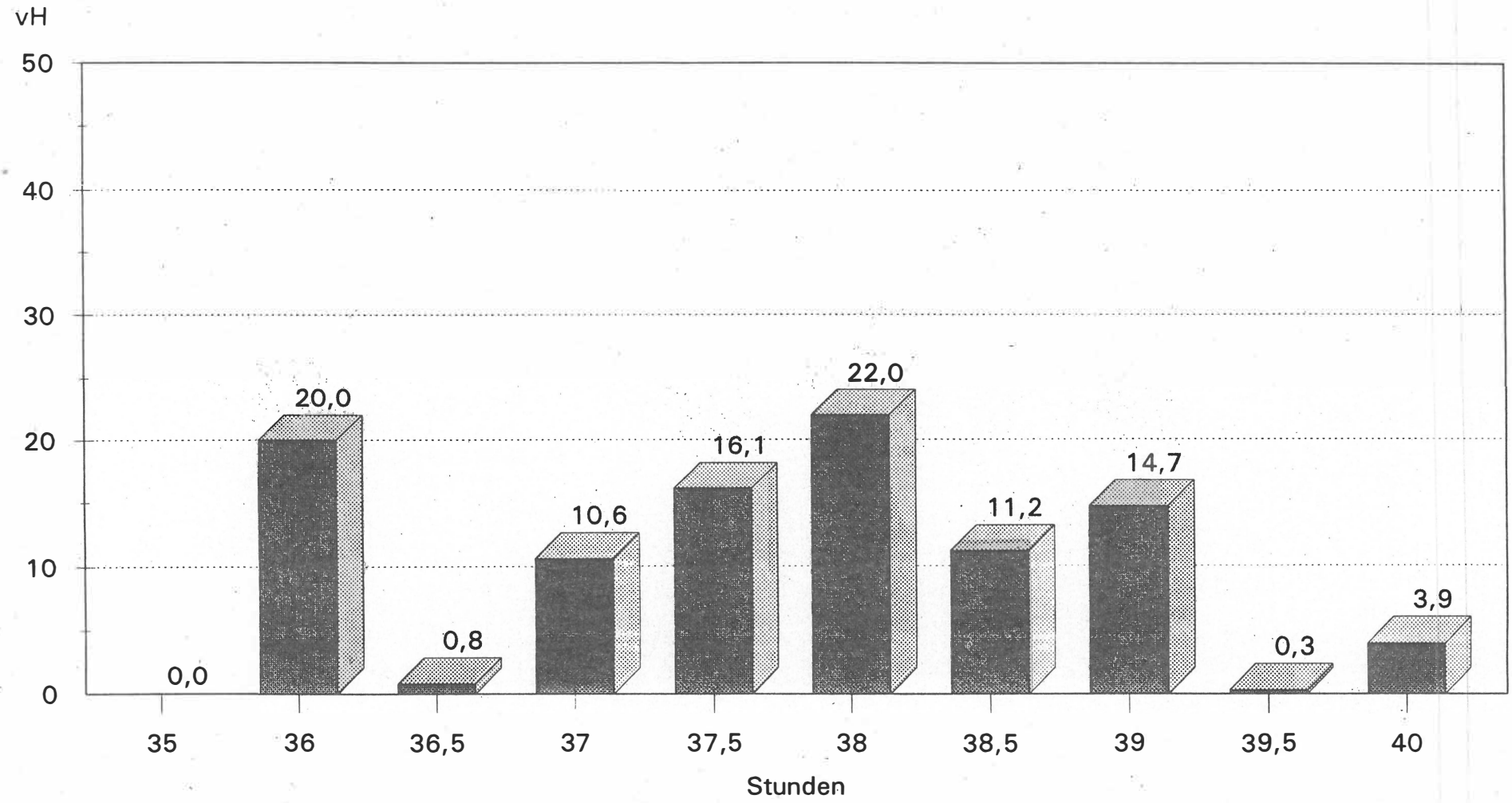
* Stand: 31.12.1993

1) zusätzlich 2 freie Tage/Jahr

2) zusätzlich 19 Freischichten/Jahr

WSI-Tarifarchiv 1994

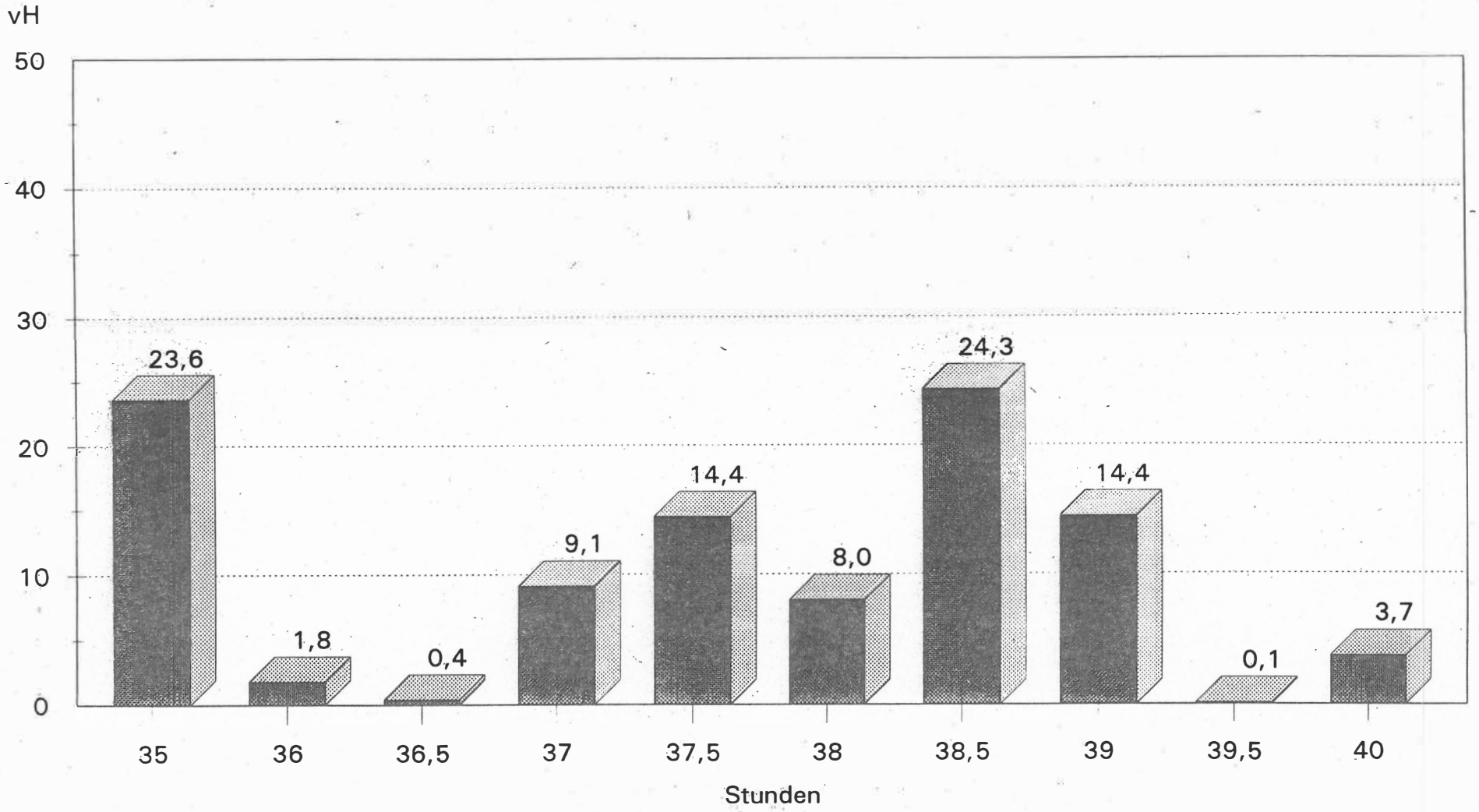
Beschäftigte nach tarifvertraglicher Wochenarbeitszeit in vH*



* zum 31.12.1993 gültige tarifliche Wochenarbeitszeit

WSI-Tarifarchiv 1994

Beschäftigte nach tarifvertraglich vereinbarter Wochenarbeitszeit in vH*



* inklusive künftig in Kraft tretender Stufen

WSI-Tarifarchiv 1994

Anzahl der von Tarifverträgen der DGB-Gewerkschaften erfaßten und von Tarifverträgen im Jahre 1993 begünstigten Arbeitnehmer (in 1000)[1)]

Wirtschaftsbereich[2)]	Von Tarifverträgen erfaßte AN[3)]				Von Neuabschlüssen in 1993 begünst. AN				AN ohne Neuabschlüsse	
	insgesamt	Lohntarifverträge	Gehaltstarifverträge	Entgelttarifverträge	insgesamt	Lohntarifverträge	Gehaltstarifverträge	Entgelttarifverträge	insgesamt	mit Erhöhungen aus dem Vorjahr 4)
Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft	221	199	19	3	141	125	14	2	80	68
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	335	129	35	171	292	121	30	141	43	24
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1.151	334	111	706	909	158	49	702	242	125
Investitionsgütergewerbe	4.981	3.311	1.620	50	639	450	139	50	4.342	3.802
Verbrauchsgütergewerbe	1.476	1.117	356	3	1.047	796	249	2	429	187
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	777	344	177	256	688	297	165	226	89	4
Baugewerbe	1.215	994	221	-	1.208	988	220	-	7	-
Handel	3.071	798	2.247	26	2.961	738	2.207	16	110	5
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	990	626	230	134	857	542	190	125	133	3
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	669	-	-	669	389	-	-	389	280	-
Private Dienstleistungen, Organisationen ohne Erwerbszweck	1.700	521	355	824	1.488	465	293	730	212	9
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	2.537	776	1.761	-	2.534	774	1.760	-	3	3
Gesamte Wirtschaft	19.123	9.149	7.132	2.842	13.153	5.454	5.316	2.383	5.970	4.230

1) Da keine amtliche Beschäftigtenstatistik nach den Abgrenzungen der Tarifbereiche vorliegt, müssen die von den Geltungsbereichen der Tarifverträge erfaßten Arbeitnehmer aus zahlreichen Quellen schätzungsweise ermittelt werden; die Angaben umfassen i.d.R. auch die Auszubildenden und beziehen sich, soweit keine anderen Quellen vorhanden sind, auf sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer.

2) Die Abgrenzung der Tarifbereiche entspricht nicht immer der Abgrenzung der Wirtschaftsbereiche in den vorliegenden amtlichen Statistiken; die Zuordnung erfolgt nach dem Schwergewicht der einzelnen Tarifbereiche.

3) Alle Arbeitnehmer, die seit 1985 von mindestens einem Neuabschluß einer DGB-Gewerkschaft begünstigt wurden.

4) Im Vorjahr oder früher vereinbarte (Stufen)-Erhöhung, die 1993 wirksam wurde.

Quelle: WSI-Tarifarchiv Stand: 31.12.1993

Durchschnittliche Abschlußraten[1] der Lohn-, Gehalts- und Entgelttarifverträge aus der Tarifrunde 1993

- AN in Tarifbereichen mit 1.000 und mehr Beschäftigten (in 1000)[2] -

Wirtschaftsbereich[3]	Lohntarifverträge			Gehaltstarifverträge			Entgelttarifverträge			alle Lohn-, Gehalts- und Entgelttarifverträge		
	Anzahl der begünstigten Arbeiter	durchschnittl. Erhöhungsrate in vH		Anzahl der begünstigten Angestellten	durchschnittl. Erhöhungsrate in vH		Anzahl der begünstigten Arbeitnehmer	durchschnittl. Erhöhungsrate in vH		Anzahl der begünstigten Arbeitnehmer	durchschnittl. Erhöhungsrate in vH	
		Stundenbasis[4]	Monatsbasis[5]		Stundenbasis[4]	Monatsbasis[5]		Stundenbasis[4]	Monatsbasis[5]		Stundenbasis[4]	Monatsbasis[5]
Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft	120	3,7	3,6	14	3,3	3,3	2	3,5	3,5	136	3,7	3,6
darunter:												
- Landwirtschaft	-	-	-	1	3,4	3,4	-	-	-	1	3,4	3,4
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	118	0,3	0,3	31	0,6	0,6	137	3,2	3,2	286	1,7	1,7
darunter:												
- Energie- und Wasserversorgung	4	3,0	3,0	2	3,0	3,0	137	3,2	3,2	143	3,2	3,2
- Bergbau	114	0,2	0,2	29	0,4	0,4	-	-	-	143	0,2	0,2
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	152	4,1	3,7	47	4,2	3,7	701	2,0	2,0	900	2,5	2,4
darunter:												
- Eisen- u. Stahlindustrie	12	4,3	4,3	3	3,4	3,4	-	-	-	15	4,1	4,1
- Chemische Industrie	-	-	-	-	-	-	691	2,0	2,0	691	2,0	2,0
Investitionsgütergewerbe	450	4,9	4,6	139	5,0	4,7	50	3,4	3,4	639	4,8	4,5
darunter:												
- Metallverarb.Industrie	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
- Metallverarb.Handwerk	425	5,0	4,7	139	5,0	4,7	50	3,4	3,4	614	4,9	4,6
Verbrauchsgütergewerbe	788	3,8	3,3	248	3,8	3,4	2	3,5	3,5	1.038	3,8	3,3
darunter:												
- Holzverarb. Industrie	143	5,0	4,7	46	5,0	4,8	-	-	-	189	5,0	4,7
- Druckindustrie	127	3,3	3,3	58	3,3	3,3	-	-	-	185	3,3	3,3
- Lederindustrie	33	3,5	3,4	11	3,4	3,4	-	-	-	44	3,5	3,4
- Textil-u.Bekleid.Industrie[6]	96	3,5	2,1	34	3,5	2,1	-	-	-	130	3,5	2,1
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	295	4,8	4,3	152	4,5	4,1	224	3,5	3,3	671	4,3	3,9
Baugewerbe	984	3,9	3,9	220	3,9	3,9	-	-	-	1.204	3,9	3,9
darunter:												
- Bauhauptgewerbe	770	3,9	3,9	190	3,9	3,9	-	-	-	960	3,9	3,9
Handel	738	4,9	4,9	2.207	5,5	5,5	16	4,0	4,0	2.961	5,3	5,3
darunter:												
- Großhandel	340	3,2	3,2	667	3,2	3,2	-	-	-	1.007	3,2	3,2
- Einzelhandel	359	6,6	6,6	1.480	6,6	6,6	-	-	-	1.839	6,6	6,6
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	538	3,2	3,1	188	3,4	3,1	122	2,8	2,8	848	3,2	3,1
darunter:												
- Dt. Bundesbahn	98	3,0	3,0	9	3,0	3,0	-	-	-	107	3,0	3,0
- Dt. Bundespost	174	3,0	3,0	55	3,0	3,0	-	-	-	229	3,0	3,0
- Priv.Transport- und Verkehrsgewerbe 7)	211	3,6	3,2	109	3,7	3,2	-	-	-	320	3,6	3,2
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	-	-	-	-	-	-	389	3,8	3,8	389	3,8	3,8
darunter:												
- Banken	-	-	-	-	-	-	389	3,8	3,8	389	3,8	3,8
- Versicherungen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Private Dienstleistungen, Organisationen ohne Erwerbszweck	464	4,3	3,5	289	3,3	3,2	724	4,3	4,0	1.477	4,1	3,7
darunter:												
- Hotel-u.Gaststättengew.	-	-	-	-	-	-	464	4,1	3,6	464	4,1	3,6
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	774	3,0	3,0	1.756	3,0	3,0	-	-	-	2.530	3,0	3,0
darunter:												
- Bund, Länder, Gemeinden	721	3,0	3,0	1.499	3,0	3,0	-	-	-	2.220	3,0	3,0
Gesamte Wirtschaft	5.421	3,9	3,7	5.291	4,2	4,2	2.367	3,3	3,2	13.079	3,9	3,8

Fußnoten s. Rückseite

Fußnoten zu Tabelle 2:

1) Einschließlich Stufenerhöhungen, d.h. Lohn-, Gehalts- bzw. Entgelterhöhungen, die nicht beim Inkrafttreten des Tarifvertrages, sondern als weitere Erhöhung während der Laufzeit der neu abgeschlossenen Tarifverträge wirksam werden.

2) Da keine amtliche Beschäftigtenstatistik nach den Abgrenzungen der Tarifbereiche vorliegt, müssen die von den Geltungsbereichen der Tarifverträge erfaßten Arbeitnehmer aus zahlreichen Quellen schätzungsweise ermittelt werden; die Angaben umfassen i.d.R. auch die Auszubildenden und beziehen sich, soweit keine anderen Quellen vorhanden sind, auf sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer.

3) Die Abgrenzung der Tarifbereiche entspricht nicht immer der Abgrenzung der Wirtschaftsbereiche in den vorliegenden amtlichen Statistiken; die Zuordnung erfolgt nach dem Schwergewicht der einzelnen Tarifbereiche.

4) Einschließlich rechnerischem Lohnausgleich für die Stundenverdienste für Wochenarbeitszeitverkürzungen.

5) Ohne rechnerischen Lohnausgleich für Wochenarbeitszeitverkürzungen.

6) Nur Bekleidungsindustrie; für Textilindustrie Stufenerhöhung aus 1992.

7) Ohne Personenbeförderung, Schiffahrt, Häfen und Lagerhausbetriebe, soweit dafür besondere TVe abgeschlossen werden.

Verzögerungen der Tarifabschlüsse sowie Pauschalzahlungen[1] in der Tarifrunde 1993

- AN in Tarifbereichen mit 1.000 und mehr Beschäftigten (in 1.000)[2] -

Wirtschaftsbereich[3]	insgesamt	Arbeitnehmer mit Neuabschlüssen						AN mit Pauschalzahlungen für verzögerte Neuabschlüsse	nachrichtlich
		dar.: AN mit um.....Monate verzögerter Tariferhöhung							
		1	2	3	4	5	6 und mehr	in 1.000	durchschnittl. Pauschalzahlung pro Monat DM
Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft	136	-	-	-	-	-	-	-	-
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	286	1	-	-	-	-	-	1	117
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	900	19	4	706	-	-	-	32	77
Investitionsgütergewerbe	639	63	7	-	-	-	63	69	75
Verbrauchsgütergewerbe	1.038	257	31	6	-	-	9	41	69
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	671	37	27	11	3	-	61	78	160
Baugewerbe	1.204	2	9	-	-	-	-	9	200
Handel	2.961	62	7	-	-	-	-	27	188
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	848	155	34	46	22	-	52	66	132
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	389	-	-	-	-	-	-	-	-
Private Dienstleistungen, Organisationen ohne Erwerbszweck	1.477	216	2	16	3	18	66	5	194
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	2.530	-	-	-	-	-	-	-	
Gesamte Wirtschaft	13.079	812	121	785	28	18	251	328	121
Anteile in vH	100,0	6,2	0,9	6,0	0,2	0,1	1,9	2,5	

1) Ausgleich der eingetretenen Verzögerungen der Tarifabschlüsse durch tariflich vereinbarte Pauschalbeträge.

2) Da keine amtliche Beschäftigtenstatistik nach den Abgrenzungen der Tarifbereiche vorliegt, müssen die von den Geltungsbereichen der Tarifverträge erfaßten Arbeitnehmer aus zahlreichen Quellen schätzungsweise ermittelt werden; die Angaben umfassen i.d.R. auch die Auszubildenden und beziehen sich, soweit keine anderen Quellen vorhanden sind, auf sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer.

3) Die Abgrenzung der Tarifbereiche entspricht nicht immer der Abgrenzung der Wirtschaftsbereiche in den vorliegenden amtlichen Statistiken; die Zuordnung erfolgt nach dem Schwergewicht der einzelnen Tarifbereiche.

Quelle: WSI-Tarifarchiv Stand: 31.12.1993

Vereinbarte Laufdauer[1] der Lohn-, Gehalts- und Entgelttarifverträge aus der Tarifrunde 1993

- AN in Tarifbereichen mit 1.000 und mehr Beschäftigten (in 1.000)[2] -

Wirtschaftsbereich[3]	AN mit Neuabschlüssen insgesamt	davon entfallen unter Tarifverträge mit einer Laufdauer von.....Monaten														durchschnittl. Laufdauer
		bis einschl. 11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24 und mehr	
Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft	136	-	136	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	12,0
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	286	-	148	-	2	-	-	-	136	-	-	-	-	-	-	14,9
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	900	17	177	-	-	691	-	-	15	-	-	-	-	-	-	14,4
Investitionsgütergewerbe	639	50	508	-	-	-	-	-	-	18	-	6	-	-	57	13,6
Verbrauchsgütergewerbe	1.038	1	950	14	4	47	-	-	10	-	-	5	-	-	7	12,3
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	671	2	623	9	-	3	-	-	-	-	-	-	-	2	32	12,6
Baugewerbe	1.204	-	1.197	-	-	7	-	-	-	-	-	-	-	-	-	12,0
Handel	2.961	5	1.187	-	-	6	-	-	1	-	-	-	-	82	1680	19,1
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	848	-	804	-	-	28	-	-	11	-	-	-	-	-	5	12,3
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	389	-	389	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	12,0
Private Dienstleistungen, Org. ohne Erwerbszweck	1.477	6	1.405	-	-	5	-	-	23	-	-	-	-	-	38	12,4
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	2.530	-	2.467	63	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	12,0
Gesamte Wirtschaft	13.079	81	9.991	86	6	787	-	-	196	18	-	11	-	84	1.819	14,0
Anteile in vH	100,0	0,6	76,4	0,7	0,0	6,0	-	-	1,5	0,1	-	0,1	-	0,6	14,0	

Einschl. sog. "Nullmonate" und durch Pauschalzahlungen abgegoltener "Verzögerungsmonate" der Tariferhöhung.

Da keine amtliche Beschäftigtenstatistik nach den Abgrenzungen der Tarifbereiche vorliegt, müssen die von den Geltungsbereichen der Tarifverträge erfaßten Arbeitnehmer aus zahlreichen Quellen schätzungsweise ermittelt werden; die Angaben umfassen i.d.R. auch die Auszubildenden und beziehen sich, soweit keine anderen Quellen vorhanden sind, auf sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer.

Die Abgrenzung der Tarifbereiche entspricht nicht immer der Abgrenzung der Wirtschaftsbereiche in den vorliegenden amtlichen Statistiken; die Zuordnung erfolgt nach dem Schwergewicht der einzelnen Tarifbereiche.

elle: WSI-Tarifarchiv Stand: 31.12.1993

Kündigungstermine der Lohn-, Gehalts- und Entgelttarifverträge zwischen dem 30.11.93 und 31.12.94 sowie 1995

- AN in Tarifbereichen mit 1.000 und mehr Beschäftigten (in 1.000)[1] -

Wirtschaftsbereich[2]	Für.....Beschäftigte sind Lohn-, Gehalts- und Entgelttarifverträge kündbar zum Monatsende												
	Nov.-Dez. 93	Jan. 94	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.-Dez. 94	Jan-Dez. 95	insgesamt
Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft	73	-	10	112	-	2	-	-	-	4	-	-	201
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	16	16	-	16	-	1	76	1	143	42	-	-	311
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	-	6	45	55	181	16	-	2	21	5	-	691	1022
Investitionsgütergewerbe	3733	68	287	56	2	23	40	146	-	-	61	20	4441
Verbrauchsgütergewerbe	184	121	66	611	202	20	42	-	6	91	36	-	1379
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	70	17	139	184	93	11	44	42	33	43	8	-	684
Baugewerbe	3	-	1	970	151	62	-	12	-	-	-	-	1204
Handel	23	4	314	500	272	4	78	-	-	-	4	1762	2966
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	355	-	2	328	27	1	22	-	-	113	-	5	853
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	-	389	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	389
Private Dienstleistungen, Organisationen ohne Erwerbszweck	382	26	14	398	214	320	35	5	-	-	34	50	1478
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	2425	-	-	66	-	-	38	-	3	-	-	-	2532
Gesamte Wirtschaft	7279	647	878	3296	1142	460	375	208	206	298	143	2528	17460
Anteile in vH	41,7	3,7	5,0	18,9	6,5	2,6	2,2	1,2	1,2	1,7	0,8	14,5	100,0

1) Da keine amtliche Beschäftigtenstatistik nach den Abgrenzungen der Tarifbereiche vorliegt, müssen die von den Geltungsbereichen der Tarifverträge erfaßten Arbeitnehmer aus zahlreichen Quellen schätzungsweise ermittelt werden; die Angaben umfassen i.d.R. auch die Auszubildenden und beziehen sich, soweit keine anderen Quellen vorhanden sind, auf sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer.

2) Die Abgrenzung der Tarifbereiche entspricht nicht immer der Abgrenzung der Wirtschaftsbereiche in den vorliegenden amtlichen Statistiken; die Zuordnung erfolgt nach dem Schwergewicht der einzelnen Tarifbereiche.

Quelle: WSI-Tarifarchiv Stand: 31.12.1993

Durchschnittliche Erhöhung der Tarifverdienste 1993 [1]

(Kalenderjährliche Erhöhung gegenüber dem Vorjahr)

- AN in Tarifbereichen mit 1.000 und mehr Beschäftigten (in 1000)[2] -

Wirtschaftsbereich[3]	Lohntarifverträge		Gehaltstarifverträge		Entgelttarifverträge		alle Lohn-, Gehalts- und Entgelttarifverträge	
	AN	durchschnittl. Erhöhung in vH	AN	durchschnittl. Erhöhung in vH	AN	durchschnittl. Erhöhung in vH	AN	durchschnittl. Erhöhung in vH
Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft	180	3,9	19	3,6	2	4,3	201	3,9
darunter:								
- Landwirtschaft	59	3,4	6	2,9	-	-	65	3,4
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	125	0,8	33	0,9	153	4,1	311	2,4
darunter:								
- Energie- und Wasserversorgung	4	3,0	2	3,0	137	4,1	143	4,1
- Bergbau	121	0,7	31	0,8	16	3,8	168	1,0
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	242	4,1	82	3,7	701	2,7	1.025	3,1
darunter:								
- Eisen- u. Stahlindustrie	102	3,6	37	2,7	-	-	139	3,4
- Chemische Industrie	-	-	-	-	691	2,7	691	2,7
Investitionsgütergewerbe	2.899	3,7	1.492	3,7	50	4,0	4.441	3,7
darunter:								
- Metallverarb.Industrie	2.332	3,6	1.320	3,6	-	-	3.652	3,6
- Metallverarb.Handwerk	433	4,3	141	4,3	50	4,0	624	4,3
Verbrauchsgütergewerbe	1.038	3,7	339	3,7	2	3,8	1.379	3,7
darunter:								
- Holzverarb. Industrie	143	4,1	46	4,1	-	-	189	4,1
- Druckindustrie	127	3,9	58	3,9	-	-	185	3,9
- Lederindustrie	33	4,0	11	3,4	-	-	44	3,8
- Textil-u.Bekleid.Industrie	220	3,5	83	3,6	-	-	303	3,5
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	297	4,5	154	4,5	224	4,4	675	4,5
Baugewerbe	984	4,4	220	4,4	-	-	1.204	4,4
darunter:								
- Bauhauptgewerbe	770	4,4	190	4,4	-	-	960	4,4
Handel	743	4,1	2.207	4,1	16	4,0	2.966	4,1
darunter:								
- Großhandel	340	4,1	667	4,0	-	-	1.007	4,0
- Einzelhandel	359	4,2	1.480	4,1	-	-	1.839	4,1
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	599	3,1	219	3,1	124	2,1	942	3,0
darunter:								
- Dt. Bundesbahn	98	3,0	9	3,6[4]	-	-	107	3,1
- Dt. Bundespost	174	3,0	55	3,6[4]	-	-	229	3,1
- Priv.Transport- und Verkehrsgewerbe 5)	269	3,1	140	3,0	-	-	409	3,1
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	-	-	-	-	389	3,3	389	3,3
darunter:								
- Banken	-	-	-	-	389	3,3	389	3,3
- Versicherungen	-	-	-	-	-	-	-	-
Private Dienstleistungen, Organisationen ohne Erwerbszweck	482	4,9	293	3,9	732	4,1	1.507	4,3
darunter:								
- Hotel-u.Gaststättengew.	-	-	-	-	472	3,9	472	3,9
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	775	3,0	1.757	3,6	-	-	2.532	3,4
darunter:								
- Bund, Länder, Gemeinden	721	3,0	1.499	3,6[4]	-	-	2.220	3,4
Gesamte Wirtschaft	**8.364**	**3,8**	**6.815**	**3,8**	**2.393**	**3,5**	**17.572**	**3,8**

Fußnoten s. Rückseite

Quelle: WSI-Tarifarchiv Stand: 31.12.1993

Fußnoten zu Tabelle 6:

1) Durchschnittliches tarifliches Monatsentgelt (Grundvergütung) 1993 gegenüber durchschnitt-lichem tariflichem Monatsentgelt (Grundvergütung) 1992.

2) Da keine amtliche Beschäftigtenstatistik nach den Abgrenzungen der Tarifbereiche vorliegt, müssen die von den Geltungsbereichen der Tarifverträge erfaßten Arbeitnehmer aus zahlreichen Quellen schätzungsweise ermittelt werden; die Angaben umfassen i.d.R. auch die Auszubildenden und beziehen sich, soweit keine anderen Quellen vorhanden sind, auf sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer.

3) Die Abgrenzung der Tarifbereiche entspricht nicht immer der Abgrenzung der Wirtschaftsbereiche in den vorliegenden amtlichen Statistiken; die Zuordnung erfolgt nach dem Schwergewicht der einzelnen Tarifbereiche.

4) Die unterschiedlichen durchschnittl. Erhöhungen bei Arb. u. Ang. trotz gleicher Tarifsteigerung in 1993 resultieren aus sich unterschiedlich auswirkenden Pauschalzahlungen des Abschlusses 1992.

5) Ohne Personenbeförderung, Schiffahrt, Häfen und Lagerhausbetriebe, soweit dafür besondere TVe abgeschlossen werden.

Prozentuale Erhöhung der Tarifverdienste[1] in der Gesamtwirtschaft

	Durchschnittliche Abschlußraten der Lohn-, Gehalts-, Entgelttarifverträge				Durchschnittliche Erhöhung der Tarifverdienste (kalenderjährliche Erhöhung gegenüber dem Vorjahr)			
Jahr	Lohn	Gehalt	Entgelt	alle	Lohn	Gehalt	Entgelt	alle
1983	3,2	3,2	3,3	3,2	keine Berechnung			
1984	3,9	3,8	3,3	3,8	3,0	2,7	3,2	2,9
1985	3,4	3,9	3,6	3,6	2,7	2,9	3,4	2,8
1986	4,4	4,1	4,3	4,2	3,6	3,3	3,6	3,5
1987	5,8	5,0	3,7	5,3	3,4	3,4	3,5	3,4
1988	4,9	4,6	4,0	4,7	2,8	2,8	3,4	2,9
1989	5,3	5,9	4,3	5,3	2,7	2,8	2,6	2,7
1990	5,9	5,7	6,7	6,0	4,0	3,5	4,2	3,9
1991	6,6	6,8	6,6	6,1	6,1	6,1	5,9	6,0
1992	6,8	6,3	5,4	6,4	5,6	5,6	6,0	5,7
1993	3,7	4,2	3,2	3,8	3,8	3,8	3,5	3,8

1) auf Monatsbasis

Quelle: WSI-Tarifarchiv

Tarif- und Effektivverdienste in der Gesamtwirtschaft

Jahr	Tarifverdienste - Monatsbasis -		Effektivverdienste		Lohndrift[1]
	1985 = 100	% gegen Vorjahr	1985 = 100	% gegen Vorjahr	% gegen Vorjahr
1990	118,1	4,6	118,7	4,7	0,2
1991p	125,4	6,2	125,8	6,0	- 0,2
1992p	132,6	5,7	132,7	5,5	- 0,2
1993p 1.Q.	134,9	4,3	124,5	3,9	- 0,4
2.Q.	137,5	3,4	131,1	3,5	0,1
3.Q.	138,0	3,1	135,3	1,3	- 1,8

1) Abweichung der Veränderung der Effektivverdienste von der der Tarifverdienste auf Monatsbasis.

p) Vorläufige Angaben; die aktuellen Ergebnisse über die Anzahl der Begünstigten sowie über die Tarifverdienste werden in der Regel noch aufgrund von Nachmeldungen nach oben korrigiert.

Quelle: Deutsche Bundesbank

West Tabelle 9:

Lohn-, Preis- und Produktivitätsentwicklung in der Gesamtwirtschaft 1972 - 1993

Jahr	Produktivität[2]	Preisindex für die Lebenshaltung[3]	Tarifverdienste[4]	Bruttolohn- und -gehaltssumme je beschäft. AN		Nettolohn- und -gehaltssumme je beschäft. AN		Nachrichtlich: Lohnquot in % Volkseinkommen[5]
				nominal[2]	real	nominal[2]	real	
1972	+ 3,8	+ 5,3	+ 9,1	+ 9,0	+ 3,5	+ 9,4	+ 3,9	69,0
1973	+ 3,6	+ 6,8	+ 10,3	+ 11,0	+ 3,9	+ 7,5	+ 0,7	69,7
1974	+ 1,4	+ 6,9	+ 12,5	+ 10,8	+ 3,7	+ 9,5	+ 2,4	71,8
1975	+ 1,5	+ 6,1	+ 8,5	+ 6,2	+ 0,1	+ 6,6	+ 0,5	71,9
1976	+ 5,9	+ 4,4	+ 5,9	+ 6,9	+ 2,4	+ 4,5	+ 0,1	70,2
1977	+ 2,7	+ 3,5	+ 6,9	+ 6,8	+ 3,2	+ 5,8	+ 2,2	70,5
1978	+ 2,2	+ 2,5	+ 5,6	+ 5,3	+ 2,7	+ 6,3	+ 3,7	69,5
1979	+ 2,5	+ 3,9	+ 4,8	+ 5,7	+ 1,7	+ 6,2	+ 2,2	69,4
1980	- 0,6	+ 5,3	+ 6,7	+ 6,6	+ 1,2	+ 5,2	- 0,1	71,6
1981	+ 0,2	+ 6,3	+ 5,5	+ 4,8	- 1,4	+ 4,6	- 1,6	72,4
1982	+ 0,3	+ 5,4	+ 4,0	+ 3,9	- 1,4	+ 3,1	- 2,2	72,5
1983	+ 3,2	+ 3,2	+ 3,3	+ 3,2	+ 0,0	+ 2,3	- 0,8	70,4
1984	+ 2,6	+ 2,4	+ 2,9	+ 3,0	+ 0,6	+ 1,9	- 0,5	69,2
1985	+ 1,3	+ 2,0	+ 2,8	+ 2,9	+ 0,9	+ 1,7	- 0,3	68,7
1986	+ 0,9	- 0,2	+ 3,5	+ 3,6	+ 3,8	+ 4,0	+ 4,2	67,8
1987	+ 0,7	+ 0,1	+ 3,4	+ 3,1	+ 3,0	+ 2,1	+ 2,0	68,1
1988	+ 2,9	+ 1,1	+ 2,9	+ 3,0	+ 1,9	+ 3,3	+ 2,2	67,0
1989	+ 2,1	+ 2,9	+ 2,8	+ 3,0	+ 0,1	+ 2,1	- 0,8	65,8
1990	+ 2,7	+ 2,7	+ 3,9	+ 4,7	+ 2,0	+ 7,6	+ 4,8	65,0
1991	+ 1,9	+ 3,6	+ 6,0	+ 6,0	+ 2,3	+ 2,9	- 0,7	65,3
1992	+ 0,7	+ 4,0	+ 5,7	+ 5,5	+ 1,4	+ 4,1	+ 0,1	66,2
1993[6]	- 0,2	+ 3,8	+ 3,8	+ 2,7	- 1,1	+ 2,7	- 1,1	67,3

1) Alle Angaben außer Lohnquote in % gegenüber dem Vor.
2) Quelle: Stat. Bundesamt, Fachs. 18, R. 1.3
3) 4-Personen-Haushalt von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen; Quelle: Stat. Bundesamt, Fachs. 17, R. 7
4) Bis 1983: Berechnet auf Monatsbasis einschl. Beamtenbezüge; Quelle: Deutsche Bundesbank; Tarif- und Effektivverdienste; ab 1984: ohne Beamtenbezüge; Quelle: WSI-Tarifarchiv.
5) Strukturbereinigt bei konstant gehaltener Arbeitnehmerquote des Jahres 1970
6) Vorläufige Berechnung, Stand: Januar 1994.

Ausbildungsvergütungen der gewerblichen und kaufmännischen Auszubildenden[1] in 23 ausgewählten Tarifbereichen

Tarifbereich	1. Ausbildungsjahr DM	2. Ausbildungsjahr DM	3. Ausbildungsjahr DM	4. Ausbildungsjahr DM	Erhöhung gegenüber Dezember 1992 im 3. Ausbildungsjahr vH
Landwirtschaft[2] Bayern	714/777	780/870	896/1.009	-	3,0/3,1
Energiewirtschaft Nordrhein-Westfalen (GWE-Bereich)	929	1.073	1.218	1.362	3,2
Steinkohlenbergbau Ruhr[3]	860	980	1.100	1.220	-
Eisen- und Stahlindustrie Nordrhein-Westfalen[4]	914	953	1.020	1.105	-
Chemische Industrie Nordrhein	985	1.117	1.239	1.350	-
Mineralölverarbeitung RWE-DEA	1.100	1.230	1.355	1.485	3,0
Metallindustrie Nordwürttemberg/Nordbaden[5]	1.008	1.071	1.165	1.245	4,5
Kfz-Gewerbe[2] Nordrhein-Westfalen	710/781	740/814	805/885	885/974	6,6
Holzverarbeitende Industrie Westfalen-Lippe	813	867	940	-	3,1
Papierverarbeitende Industrie Westfalen	938	1.038	1.138	gewerblich 1.238	3,5
Druckindustrie Bundesgebiet-West	1.119	1.219	1.319	gewerblich 1.419	3,3
Schuhindustrie[6] Bundesgebiet-West	842 (811)	886 (868)	1.022 (930)	-	3,4 (3,3)
Textilindustrie Baden-Württemberg	933	1.004	1.115	1.206	4,7
Bekleidungsindustrie Bayern	740	817 (832)	936 (970)	- -	2,1 (2,1)
Süßwarenindustrie Baden-Württemberg	895	985	1.123	1.223	3,7
Bauhauptgewerbe Bundesgebiet-West und Berlin-West	964 (855)	1.500 (1.193)	1.893 (1.557)	gewerblich 2.143	3,8 (3,9)
Einzelhandel Nordrhein-Westfalen	950	1.030	1.180	1.280	4,4
Privates Transport- und Verkehrsgewerbe Nordrhein-Westfalen	715	855	955	-	3,2
Privates Bankgewerbe Bundesgebiet-West und Berlin-West	1.075	1.170	1.275	-	3,3
Privates Versicherungsgewerbe[7] Bundesgebiet-West und Berlin-West	1.167	1.292	1.417	-	-
Hotel- und Gaststättengewerbe[2] Bayern	730/810	900/950	1.050/1.050	-	5,0
Gebäudereinigerhandwerk[8] Nordrhein-Westfalen	785	940	1.095	-	2,8
Öffentlicher Dienst Gemeinden	1.005	1.084	1.157	1.258	3,0

Fußnoten s. Rückseite

Quelle: WSI-Tarifarchiv Stand: 31.12.1993

Fußnoten zu Tabelle 10:

1) Beträge auf volle DM gerundet; bei unterschiedlichen Ausbildungsvergütungen Angaben für kaufm. Auszubildende in Klammern.

2) Ausbildungsvergütung unter 18./ab 18. Lebensjahr.

3) Für die Dauer der Untertageausbildung + 195 DM mtl., für Auszubildende zum Bergmechaniker oder Berg- und Maschinenmann + 70 DM mtl.

4) Auszubildende in den Berufen als Schmied, Former, Hüttenfacharbeiter und Metallhüttenarbeiter erhalten einen Zuschlag von 40 DM mtl.

5) Auszubildende in den Berufen als Formschmied, Gesenkschmied, Kettenschmied, Kesselschmied und Former erhalten einen Zuschlag von 45 DM mtl.

6) Kaufm. Auszubildende in Niedersachsen, Bremen, NRW

7) Stand: 31.10.93; Neuabschluß liegt noch nicht vor

8) Staffelung für gewerbl. Ausz.: In den ersten 10 / nach 10 / nach 20 Mon. Ausbildungszeit.

Tarifliche Lohn-, Gehalts- und Entgeltstruktur[1] in 23 ausgewählten Tarifbereichen

Tarifbereich	Vergütungsart 3)	unterste Gruppe		mittlere[2] Gruppe		oberste Gruppe		Spalte 8 zu Spalte 3 in vH
		Einstiegstarif n.v.18.Lj.	Endstufe	Einstiegstarif n.v.18.Lj.	Endstufe	Einstiegstarif	Endstufe	
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)
Landwirtschaft	L	1.723	1.723	2.706	2.706	3.026	3.026	175,6
Bayern	G	1.456	1.456	2.031	2.632	5.366	5.966	409,8
Energiewirtschaft								
Nordrhein-Westfalen (GWE-Bereich)	E	2.680	3.139	3.579	4.193	6.180	7.239	270,1
Steinkohlenbergbau	L	2.306	2.306	2.896	2.896	4.238	4.238	183,8
Ruhr	G	1.945	2.503	2.565	3.564	4.596	5.553	285,5
Eisen- und Stahlindustrie	L	2.070	2.070	2.535	2.535	3.116	3.116	150,5
Nordrhein-Westfalen	G	1.842	2.253	2.306	2.827	4.725	5.432	294,9
Chemische Industrie	E	2.762	2.762	3.234	3.751	6.470	6.470	234,3
Nordrhein								
Mineralölverarbeitung[4]	L	3.520	3.666	4.257	4.505	4.731	5.204	147,8
RWE-DEA	G	2.833	3.702	3.226	4.650	5.730	7.271	256,7
Metallindustrie	L	2.289	2.289	2.692	2.692	3.634	3.634	158,8
Nordwürttemberg/Nordbaden	G	2.145	2.521	2.627	3.090	5.750	5.750	268,1
Kfz-Gewerbe	L	1.652	2.360	2.573	2.941	3.419	3.419	207,0
Nordrhein-Westfalen	G	2.049	2.441	2.528	3.158	3.934	4.608	224,9
Holzverarbeitende Industrie	L	2.531	2.531	2.944	2.944	2.944	2.944	116,3
Westfalen-Lippe	G	2.488	2.488	2.955	3.477	5.610	5.610	225,5
Papierverarbeitende Industrie	L	2.136[5]	2.136	2.621	2.848	3.418	3.418	160,0
Westfalen	G	2.169	2.715	2.600	3.558	5.166	5.166	238,2
Druckindustrie								
Bundesgebiet-West	L	2.572[6]	2.780	3.301	3.475	4.170	4.170	162,1
Nordrhein-Westfalen	G	2.217	3.047	2.537	3.473	6.509	6.509	293,6
Schuhindustrie								
Bundesgebiet-West	L	2.097	2.097	2.253	2.253	2.253	2.253	107,4
Niedersachsen, Bremen, NRW	G	1.508	1.965	1.698	2.578	4.019	4.475	296,8
Textilindustrie	L	2.312	2.312	2.567[7]	2.646	3.245	3.245	140,4
Baden-Württemberg	G	2.108	2.716	2.787	3.624	5.693	6.147	291,6
Bekleidungsindustrie	L	1.858[8]	2.186	2.341	2.341	2.823	2.823	151,9
Bayern	G	2.118	3.005	2.253	3.503	3.564	5.167	244,0
Süßwarenindustrie	E	2.130	2.130	2.925	3.178	5.462	5.462	256,4
Baden-Württemberg								
Bauhauptgewerbe	L	2.898	2.898	3.571	3.571	4.473	4.473	154,4
Bundesgebiet-West und Berlin-West	G	1.951	2.445	2.807	3.474	6.165	6.593	337,9
Einzelhandel	L	2.358	2.889	2.650	3.427	3.180	4.112	174,4
Nordrhein-Westfalen	G	1.765	2.233	2.022	3.010	3.646	5.669	321,2
Privates Transport- und Verkehrsgewerbe	L	2.314	2.314	2.572	2.572	2.662	2.662	115,0
Nordrhein-Westfalen	G	1.993	2.410	2.266	2.987	3.533	4.575	229,6
Privates Bankgewerbe	E	2.622	3.093	2.974	3.717	5.146	5.790	220,8
Bundesgebiet-West und Berlin-West								
Privates Versicherungsgewerbe[9]	E	2.986	2.986	3.107	3.551	4.837	5.831	195,3
Bundesgebiet-West und Berlin-West								
Hotel- und Gaststättengewerbe[10]	E	2.000	2.000	2.500	2.500	3.850	3.850	192,5
Bayern								
Gebäudereinigerhandwerk[11]	L	2.138	2.138	2.353	2.353	2.459	2.459	115,0
Nordrhein-Westfalen	G	1.570	2.195	2.980	3.605	5.015	5.330	339,5
Öffentlicher Dienst[12]								
Arb.: Bund, Länder, Gemeinden	L	2.461	2.865	2.809	3.269	3.645	4.074	165,5
Ang.: Gemeinden	G	2.318	2.756	2.574	3.183	5.684	9.055	390,6

Fußnoten s. Rückseite

Quelle: WSI-Tarifarchiv Stand: 31.12.1993

Fußnoten zu Tabelle 11:

1) Auf der Basis der tariflichen Tabellenvergütungen ohne Zulagen, Zuschläge und sonstige Zahlungen, soweit nichts anderes angegeben; Beträge auf volle DM gerundet.

2) Mittlere Gruppe = unterste Gruppe für AN mit abgeschlossener, in der Regel 3jähriger Berufsausbildung.

3) Soweit im TV kein Monatslohn angegeben ist, wurde der Monatssatz errechnet aus Stundenlohn x Stundenteiler; bei unterschiedlichen Gehältern von kaufm. und techn. Angestellten sind die Gehälter der kaufm. Angestellten angegeben; bei Druckindustrie Wochenlohn x 4,33.

4) Eigene Berechnung; Einkommenstabelle liegt noch nicht vor.

5) Neue Altersstufenstaffelung.

6) Eingangsstufe (Einarbeitungslohn 6 Monate).

7) Berücksichtigt wurde der Einarbeitungslohn (97 vH max. 8 Wochen).

8) Berücksichtigt wurde der Abschlag für Anzulernende (85 vH für die ersten 6 Wochen)

9) Stand 31.10.1993; Neuabschluß liegt noch nicht vor.

10) Festbesoldetes Personal.

11) Angaben für Arbeiter beziehen sich auf ReinigerInnen in der Unterhalts- und Gebäudeinnenreinigung; mittlere Gruppe = VorarbeiterInnen für bis zu 15 AN, oberste Gruppe = VorarbeiterInnen für mehr als 15 AN.

12) Angaben jeweils einschl. allgemeiner Zulage, für Ang. einschl. Ortszuschlag Stufe 1 (ledig); Eingangsstufen der unteren und mittleren Löhne und Gehälter sind umgerechnet auf 18j. AN (= 96 vH bei Arbeitern, 93 vH der Grundverg. bei Ang.).

Tarifvertragliche Zusatzleistungen

(Zusätzliches Urlaubsgeld und Jahressonderzahlung)

Jahr	Anspruch auf		Anspruch auf Zusatzleistungen je Jahr von					Durchschnittlicher Betrag der Zusatzleistungen je Jahr in % eines tariflichen Bruttomonatseinkommens
	Urlaubsgeld	Sonderzahlung	unter 30 %	30 % bis 59 %	60 % bis 89 %	90 % bis 119 %	120 % oder mehr	
	hatten....% der tariflich erfaßten Arbeitnehmer		eines tariflichen Bruttomonatseinkommens hatten... % der tariflich erfaßten Arbeitnehmer					
1974	79	61	28	17	9	40	6	68
1975	79	73	24	14	11	45	6	70
1976	79	74	15	18	10	48	9	74
1977	92	75	14	19	9	49	9	80
1978	93	76	14	19	8	50	9	80
1979	93	77	13	14	13	50	10	82
1980	93	86	14	3	20	52	11	85
1981	93	88	13	4	20	52	11	88
1982	94	90	9	7	19	51	14	90
1983	94	91	8	7	19	51	15	91
1984	94	91	8	7	5	65	15	92
1985	94	92	8	7	5	65	15	92
1986	94	92	8	7	5	65	15	92
1987	94	92	8	7	5	65	15	92
1988	94	92	8	7	5	65	15	92
1989	94	93	8	7	5	65	15	92
1990	94	95	8	5	7	65	15	94
1991	94	97	8	5	6	61	20	96
1992	94	98	8	5	6	40	41	98
1993	94	98	8	5	5	40	42	100

Quelle: BMA-Tarifregister

Tarifvertragliche vermögenswirksame Leistungen

Jahr	Anspruch auf vermögenswirksame Leistungen mit einem Jahresbetrag von							Durchschnittlicher Betrag bezogen auf	
	unter 156 DM	156 DM bis 311 DM	312 DM bis 467 DM	468 DM bis 623 DM	624 DM bis 935 DM	936 DM	insgesamt	die anspruchsberechtigten Arbeitnehmer	alle tariflich erfaßten Arbeitnehmer
	hatten..... % der tariflich erfaßten Arbeitnehmer							DM	
1974	-	14	51	3	9	-	77	-	-
1975	-	15	47	8	9	-	79	-	-
1976	-	16	38	13	11	-	78	372	290
1977	2	15	10	40	13	-	80	413	330
1978	-	27	9	38	18	-	92	394	362
1979	1	25	10	39	19	-	94	405	381
1980	-	24	7	15	48	-	94	466	438
1981	1	16	13	12	53	-	95	480	456
1982	-	16	13	11	55	-	95	487	463
1983	-	15	13	10	57	-	95	493	468
1984	-	15	13	7	60	0	95	495	470
1985	-	15	13	7	60	0	95	499	474
1986	-	15	13	7	60	0	95	502	477
1987	-	16	12	6	59	2	95	503	478
1988	-	16	12	6	59	2	95	504	479
1989	-	16	12	6	55	6	95	516	490
1990	-	17	12	5	54	7	95	516	490
1991	-	16	12	5	54	8	95	528	502
1992	-	16	12	4	54	9	95	531	504
1993	-	16	12	4	53	10	95	535	508

Quelle: BMA-Tarifregister

Entwicklung der tarifvertraglich vereinbarten Wochenarbeitszeit 1984 - 1993

- AN der gesamten Wirtschaft in Tarifbereichen ab 1.000 Beschäftigten in vH -

31.12. des Jahres	Beschäftigte nach der vereinbarten[1] tariflichen Wochenarbeitszeit in vH[2]										durchschnittliche tarifl. Wochenarbeitszeit	
	35	36	36,5	37	37,5	38	38,5	39	39,5	40 und mehr	in Kraft	vereinbart
1984	-	-	-	-	-	1,4	23,1	0,0	-	75,4		39,6
1985	-	-	-	-	0,2*	1,3	36,3	0,1	-	61,9		39,4
1986	-	-	-	-	0,3*	1,7	42,9	1,2	-	53,6		39,3
1987	-	-	-	22,9	0,2	2,2	24,9	5,2	-	45,0		38,9
1988	-	-	1,0**	23,6	0,5	2,9	43,5	11,2	-	17,3	39,0	38,4
1989	-	-	1,0**	29,1	9,1	6,4	29,5	13,6	-	11,0	38,5	38,1
1990	23,4	0,0	0,1	8,2	9,3	7,2	39,9	3,1	0,1	8,7	38,4	37,7
1991	23,7	0,0	0,0	11,0	9,2	8,2	24,7	16,2	0,1	6,7	38,1	37,6
1992	24,7	0,2	0,0	10,9	14,0	7,1	24,7	13,7	0,1	4,4	38,1	37,4
1993	23,6	1,8	0,4	9,1	14,4	8,0	24,3	14,4	0,1	3,7	37,7	37,4

*) unter 38 Stunden

**) unter 37 Stunden

1) Die Angaben beziehen sich auf die vereinbarte regelmäßige tarifliche Wochenarbeitszeit (bei stufenweiser Verkürzung der Arbeitszeit in der letzten Stufe) unabhängig vom Datum des Inkrafttretens der vereinbarten Arbeitszeitverkürzung; ohne Wochenarbeitszeitverkürzung für einzelne Beschäftigtengruppen.

2) Die Berechnungen erfolgen auf der Basis aller von Tarifabschlüssen der DGB-Gewerkschaften begünstigten Arbeitnehmer = 100; sofern sich die Anteile nicht zu 100 aufaddieren, existiert in den betreffenden Wirtschaftszweigen eine Anzahl von Arbeitnehmern ohne tarifliche Wochenarbeitszeitregelung oder Sonderregelung.

Quelle: WSI-Tarifarchiv

Tarifvertraglich vereinbarte wöchentliche Arbeitszeit[1)]

- AN in Tarifbereichen mit 1.000 und mehr Beschäftigten[2)] - Anteile in vH -

Wirtschaftsbereich[3)]	erfaßte AN insges.	Beschäftigte nach der vereinbarten tarifl. Wochenarbeitszeit in vH[4)]										durchschnittl. vereinb. tarifl. WAZ
		35	36	36,5	37	37,5	38	38,5	39	39,5	40 und mehr	
Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft	216	0,9	-	-	-	-	-	6,9	56,0	5,6	30,6	39,3
darunter:												
- Landwirtschaft	65	-	-	-	-	-	-	-	-	-	100,0	40,0
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	324	-	-	0,3	1,5	2,2	48,8	4,6	0,6	-	42,0	38,8
darunter:												
- Energie- und Wasserversorgung	154	-	-	-	3,3	4,8	80,8	9,9	1,2	-	-	38,0
-Bergbau	170	-	-	0,6	-	-	19,4	-	-	-	80,0	39,6
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1.136	13,0	-	-	3,0	68,3	13,3	0,1	2,3	-	-	37,3
darunter:												
- Eisen- u. Stahlindustrie	139	100,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	35,0
- Chemische Industrie	691	-	-	-	-	100,0	-	-	-	-	-	37,5
Investitionsgütergewerbe	4.980	76,5	6,2	1,4	12,5	0,2	1,4	1,6	-	-	0,2	35,4
darunter:												
- Metallverarb.Industrie	3.652	100,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	35,0
- Metallverarb.Handwerk	1.162	1,1	26,7	6,2	51,2	0,9	6,2	6,8	-	-	0,9	36,9
Verbrauchsgütergewerbe	1.463	34,2	0,4	-	33,8	5,3	16,1	4,0	3,6	0,1	0,9	36,7
darunter:												
- Holzverarb. Industrie	189	100,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	35,0
- Druckindustrie	185	100,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	35,0
- Lederindustrie	45	-	-	-	8,9	-	-	-	91,1	-	-	38,8
- Textil-u.Bekleid.Industrie	303	-	-	-	100,0	-	-	-	-	-	-	37,0
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	767	-	3,5	-	12,3	4,6	50,1	8,4	16,1	-	5,0	38,1
Baugewerbe	1.212	-	-	-	-	0,6	0,3	0,1	99,0	-	-	39,0
darunter:												
- Bauhauptgewerbe	960	-	-	-	-	-	-	-	100,0	-	-	39,0
Handel	3.068	-	-	-	3,6	58,0	1,0	35,8	1,6	-	0,0	37,9
darunter:												
- Großhandel	1.053	-	-	-	2,3	-	-	97,7	-	-	-	38,5
- Einzelhandel	1.839	-	-	-	4,2	95,8	-	-	-	-	-	37,5
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	985	-	-	-	1,8	4,8	14,7	53,9	16,4	-	6,6	38,5
darunter:												
- Deutsche Bundesbahn	107	-	-	-	-	-	-	100,0	-	-	-	38,5
- Dt. Bundespost	229	-	-	-	-	-	-	100,0	-	-	-	38,5
- Priv.Transport- und Verkehrsgewerbe 5)	420	-	-	-	-	-	33,0	26,1	38,1	-	2,8	38,6
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	669	-	-	-	-	-	41,9	-	58,1	-	-	38,6
darunter:												
- Banken	389	-	-	-	-	-	-	-	100,0	-	-	39,0
- Versicherungen	280	-	-	-	-	-	100,0	-	-	-	-	38,0
Private Dienstleistungen, Organisationen ohne Erwerbszweck	1.668	2,3	-	-	21,3	-	3,7	14,3	36,8[6)]	-	22,0	38,6
darunter:												
- Hotel-u.Gaststättengew.	526	-	-	-	-	-	-	-	83,3[6)]	-	16,7	39,1
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	2.532	0,1	-	-	-	0,1	-	99,7	-	-	0,1	38,5
darunter:												
- Bund, Länder, Gemeinden	2.220	-	-	-	-	-	-	100,0	-	-	-	38,5
Gesamte Wirtschaft	19.020	23,6	1,8	0,4	9,1	14,4	8,0	24,3	14,4	0,1	3,7	37,4

Fußnoten s. Rückseite

Quelle: WSI-Tarifarchiv **Stand: 31.12.1993**

Fußnoten zu Tabelle 15:

1) Die Angaben beziehen sich auf die zum Stichtag 31.12.1993 vereinbarte regelmäßige tarifliche Wochenarbeitszeit (bei stufenweiser Verkürzung der Arbeitszeit in der letzten Stufe unabhängig vom Datum des Inkrafttretens der bis zum Stichtag vereinbarten Arbeitszeitverkürzung; ohne Wochenarbeitszeitverkürzung für einzelne Beschäftigtengruppen.

2) Da keine amtliche Beschäftigtenstatistik nach den Abgrenzungen der Tarifbereiche vorliegt, müssen die von den Geltungsbereichen der Tarifverträge erfaßten Arbeitnehmer aus zahlreichen Quellen schätzungsweise ermittelt werden; die Angaben umfassen i.d.R. auch die Auszubildenden und beziehen sich, soweit keine anderen Quellen vorhanden sind, auf sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer.

   Die Differenz zwischen Beschäftigtenzahlen von Arbeitszeitstatistiken einerseits und den Einkommensstatistiken andererseits erklärt sich zum einen daraus, daß die Anzahl der Arbeitnehmer in Tarifbereichen mit tariflosem Zustand bei Lohn, Gehalt, Entgelt in den Vergütungstabellen nicht enthalten ist, mit ihren Arbeitszeitregelungen aber in den Arbeitszeitstatistiken berücksichtigt wird; zum anderen daraus, daß den Arbeitszeit- und Vergütungstabellen teilweise unterschiedliche Geltungsbereiche zugrunde liegen.

3) Die Abgrenzung der Tarifbereiche entspricht nicht immer der Abgrenzung der Wirtschaftsbereiche in den vorliegenden amtlichen Statistiken; die Zuordnung erfolgt nach dem Schwergewicht der einzelnen Tarifbereiche.

4) Falls sich die Einzelspalten nicht zur AN-Gesamtangabe aufaddieren, existiert in den betreffenden Wirtschaftszweigen eine Anzahl von Arbeitnehmern ohne tarifliche Wochenarbeitszeitregelung oder Sonderregelung (z.B. Heimarbeiter in der Bekleidungsindustrie).

5) Ohne Personenbeförderung, Schiffahrt, Häfen und Lagerhausbetriebe, soweit dafür besondere TVe abgeschlossen werden.

6) Darunter 51.000 AN mit 38,8 Std./W.

Tarifvertragliche wöchentliche Arbeitszeit in Kraft[1)]

- AN in Tarifbereichen mit 1.000 und mehr Beschäftigten[2)] - Anteile in vH

Wirtschaftsbereich[3)]	erfaßte AN insges.	Beschäftigte nach der tariflichen Wochenarbeitszeit in vH[4)]										durchschnittl. tarifl. WAZ in Kraft zum 31.12.93
		35	36	36,5	37	37,5	38	38,5	39	39,5	40 und mehr	
Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft	216	-	0,9	-	-	-	-	6,9	56,0	5,6	30,6	39,3
darunter:												
- Landwirtschaft	65	-	-	-	-	-	-	-	-	-	100,0	40,0
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	324	-	-	0,3	1,5	2,2	48,1	5,3	0,6	-	42,0	38,8
darunter:												
- Energie- und Wasserversorgung	154	-	-	-	3,3	4,8	79,9	10,8	1,2	-	-	38,0
- Bergbau	170	-	-	0,6	-	-	19,4	-	-	-	80,0	39,6
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1.136	-	-	12,2	3,0	68,5	13,8	0,1	2,4	-	-	37,5
darunter:												
- Eisen- u. Stahlindustrie	139	-	-	100,0	-	-	-	-	-	-	-	36,5
- Chemische Industrie	691	-	-	-	-	100,0	-	-	-	-	-	37,5
Investitionsgütergewerbe	4.980	-	76,2	-	19,1	1,2	1,2	2,1	-	-	0,2	36,3
darunter:												
- Metallverarb.Industrie	3.652	-	100,0	-	-	-	-	-	-	-	-	36,0
- Metallverarb.Handwerk	1.162	-	-	-	79,5	5,2	5,2	9,2	-	-	0,9	37,2
Verbrauchsgütergewerbe	1.463	0,1[5)]	0,9	0,2	46,9	25,0	10,4	4,0	9,9	0,1	0,9	37,5
darunter:												
- Holzverarb. Industrie	189	-	-	-	81,0	19,0	-	-	-	-	-	37,1
- Druckindustrie	185	-	-	-	100,0	-	-	-	-	-	-	37,0
- Lederindustrie	45	-	-	-	-	-	-	8,9	91,1	-	-	39,0
- Textil-u.Bekleid.Industrie	303	-	-	-	36,0	63,7	0,3	-	-	-	-	37,3
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	767	-	-	-	10,0	0,2	58,9	9,0	16,9	-	5,0	38,2
Baugewerbe	1.212	-	-	-	-	0,6	0,1	0,1	98,3	-	0,9	39,0
darunter:												
- Bauhauptgewerbe	960	-	-	-	-	-	-	-	100,0	-	-	39,0
Handel	3.068	-	-	-	2,8	58,0	1,7	35,8	1,6	-	0,1	37,9
darunter:												
- Großhandel	1.053	-	-	-	-	-	2,3	97,7	-	-	-	38,5
- Einzelhandel	1.839	-	-	-	4,2	95,8	-	-	-	-	-	37,5
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	985	-	-	-	1,6	4,8	10,0	54,1	21,0	-	6,7	38,6
darunter:												
- Dt. Bundesbahn	107	-	-	-	-	-	-	100,0	-	-	-	38,5
- Dt. Bundespost	229	-	-	-	-	-	-	100,0	-	-	-	38,5
- Priv.Transport- und Verkehrsgewerbe 6)	420	-	-	-	-	-	22,2	26,1	48,9	-	2,8	38,7
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	669	-	-	-	-	-	41,9	-	58,1	-	-	38,6
darunter:												
- Banken	389	-	-	-	-	-	-	-	100,0	-	-	39,0
- Versicherungen	280	-	-	-	-	-	100,0	-	-	-	-	38,0
Private Dienstleistungen, Organisationen ohne Erwerbszweck	1.668	-	-	-	9,8	3,8	15,3	14,0	32,3	3,1[7)]	23,4	38,7
darunter:												
- Hotel-u.Gaststättengew.	526	-	-	-	-	-	-	-	68,4	9,7[7)]	21,9	39,2
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	2.532	-	0,1	-	-	0,1	-	99,7	-	-	0,1	38,5
darunter:												
- Bund, Länder, Gemeinden	2.220	-	-	-	-	-	-	100,0	-	-	-	38,5
Gesamte Wirtschaft	19.020	0,0	20,0	0,8	10,6	16,1	22,0	11,2	14,7	0,3	3,9	37,7

Fußnoten s. Rückseite

Quelle: WSI-Tarifarchiv **Stand: 31.12.1993**

Fußnoten zu Tabelle 16:

1) Die Angaben beziehen sich auf die zum Stichtag 31.12.1993 geltende regelmäßige Wochenarbeitszeit ohne Wochenarbeitszeitverkürzung für einzelne Beschäftigtengruppen.

2) Da keine amtliche Beschäftigtenstatistik nach den Abgrenzungen der Tarifbereiche vorliegt, müssen die von den Geltungsbereichen der Tarifverträge erfaßten Arbeitnehmer aus zahlreichen Quellen schätzungsweise ermittelt werden; die Angaben umfassen i.d.R. auch die Auszubildenden und beziehen sich, soweit keine anderen Quellen vorhanden sind, auf sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer.

   Die Differenz zwischen den Beschäftigtenzahlen von Arbeitszeitstatistiken einerseits und den Einkommensstatistiken andererseits erklärt sich zum einen daraus, daß die Anzahl der Arbeitnehmer in Tarifbereichen mit tariflosem Zustand bei Lohn, Gehalt, Entgelt in den Vergütungstabellen nicht enthalten ist, mit ihren Arbeitszeitregelungen aber in den Arbeitszeitstatistiken berücksichtigt wird; zum anderen daraus, daß den Arbeitszeit- und Vergütungstabellen teilweise unterschiedliche Geltungsbereiche zugrunde liegen.

3) Die Abgrenzung der Tarifbereiche entspricht nicht immer der Abgrenzung der Wirtschaftsbereiche in den vorliegenden amtlichen Statistiken; die Zuordnung erfolgt nach dem Schwergewicht der einzelnen Tarifbereiche.

4) Falls sich die Einzelspalten nicht zur AN-Gesamtangabe aufaddieren, existiert in den betreffenden Wirtschaftszweigen eine Anzahl von Arbeitnehmern ohne tarifliche Wochenarbeitszeitregelung oder Sonderregelung (z.B. Heimarbeiter in der Bekleidungsindustrie).

5) 35,5 Std./W.

6) Ohne Personenbeförderung, Schiffahrt, Häfen und Lagerhausbetriebe, soweit dafür besondere TVe abgeschlossen werden.

7) 39,3 Std./W.

Arbeitszeitverkürzung in Form von freien Tagen

Begünstigte Arbeitnehmer und durchschnittliche Anzahl der freien Tage/Jahr in Tarifbereichen mit 1.000 und mehr Beschäftigten (in 1.000)[1)]

Wirtschaftsbereich[2)]	erfaßte AN insgesamt	begünstigte AN				Durchschnittl. Anzahl der freien Tage/Jahr	
		am 31.12.93		insgesamt vereinbart		zum 31.12.93	insgesamt vereinbart
		Anzahl	vH	Anzahl	vH		
Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft	216	77	35,7	77	35,7	2,0	2,0
darunter:							
- Landwirtschaft	65	60	92,3	60	92,3	2,0	2,0
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	324	155	47,8	155	47,8	17,0	26,0
darunter:							
- Energie- und Wasserversorgung	154	19	12,3	19	12,3	4,0	4,0
- Bergbau	170	136	80,0	136	80,0	18,8	29,1
ndstoff- und Produktionsgütergewerbe	1.136	-	-	-	-	-	-
Investitionsgütergewerbe	4.980	-	-	-	-	-	-
Verbrauchsgütergewerbe	1.463	-	-	-	-	-	-
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	767	-	-	-	-	-	-
Baugewerbe	1.212	-	-	-	-	-	-
Handel MTV	3.068	-	-	-	-	-	-
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	985	372	37,8	372	37,8	3,4	4,0
darunter:							
- Dt. Bundesbahn	107	107	100,0	107	100,0	2,0	2,0
- Dt. Bundespost	229	229	100,0	229	100,0	2,0	2,0
- Priv. Transport- und Verkehrsgewerbe 3)	420	-	-	-	-	-	
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	669	-	-	-	-	-	
Private Dienstleistungen, Organisationen ohne Erwerbszweck	1.668	451	27,0	451	27,0	3,8	4,5
darunter:							
tel- u. Gaststättengewerbe	526	78	14,8	78	14,8	4,1	4,7
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	2.532	2.422	95,7	2.422	95,7	2,0	2,0
darunter:							
- Bund, Länder, Gemeinden	2.220	2.220	100,0	2.220	100,0	2,0	2,0
Gesamte Wirtschaft	19.020	3.477	18,3	3.477	18,3	3,1	3,6

1) Da keine amtliche Beschäftigtenstatistik nach den Abgrenzungen der Tarifbereiche vorliegt, müssen die von den Geltungsbereichen der Tarifverträge erfaßten Arbeitnehmer aus zahlreichen Quellen schätzungsweise ermittelt werden; die Angaben umfassen i.d.R. auch die Auszubildenden und beziehen sich, soweit keine anderen Quellen vorhanden sind, auf sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer.

2) Die Abgrenzung der Tarifbereiche entspricht nicht immer der Abgrenzung der Wirtschaftsbereiche in den vorliegenden amtlichen Statistiken; die Zuordnung erfolgt nach dem Schwergewicht der einzelnen Tarifbereiche.

3) Ohne Personenbeförderung, Schiffahrt, Häfen und Lagerhausbetriebe, soweit dafür besondere TVe abgeschlossen werden.

Quelle: WSI-Tarifarchiv Stand: 31.12.1993

Tariflicher Urlaubsanspruch

- AN in Tarifbereichen mit 1.000 und mehr Beschäftigten (in 1.000)[1] -

Wirtschaftsbereich[2]	erfaßte AN insgesamt	AN mit Endurlaub > 30 AT		durchschnittl. Grundurlaub	durchschnittl. Endurlaub	durchschnittl. mittlerer Urlaubsanspruch
		Anzahl in 1000	vH	in AT	in AT	in AT
Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft	216	3	1,4	23,1	27,3	25,2
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	324	-	-	29,4	30,0	29,7
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1.136	-	-	29,9	30,0	30,0
Investitionsgütergewerbe	4.980	1.128	22,7	30,0	30,2	30,1
Verbrauchsgütergewerbe	1.463	131	8,9	29,6	30,0	29,8
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	767	126	16,4	26,3	30,3	28,4
Baugewerbe	1.212	-	-	29,2	30,0	29,6
Handel MTV	3.068	271	8,8	27,4	30,1	28,8
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	985	67	6,8	26,7	30,0	28,4
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	669	-	-	30,0	30,0	30,0
Private Dienstleistungen, Org. ohne Erwerbszweck	1.668	184	11,0	25,6	30,0	27,9
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	2.532	42	1,7	26,2	30,1	28,2
Gesamte Wirtschaft	19.020	1.952	10,3	28,2	30,1	29,2

1) Da keine amtliche Beschäftigtenstatistik nach den Abgrenzungen der Tarifbereiche vorliegt, müssen die von den Geltungsbereichen der Tarifverträge erfaßten Arbeitnehmer aus zahlreichen Quellen schätzungsweise ermittelt werden; die Angaben umfassen i.d.R. auch die Auszubildenden und beziehen sich, soweit keine anderen Quellen vorhanden sind, auf sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer.

2) Die Abgrenzung der Tarifbereiche entspricht nicht immer der Abgrenzung der Wirtschaftsbereiche in den vorliegenden amtlichen Statistiken; die Zuordnung erfolgt nach dem Schwergewicht der einzelnen Tarifbereiche.

Quelle: WSI-Tarifarchiv Stand: 31.12.1993

Tarifliche Wochen- und Jahresarbeitszeit

- AN in Tarifbereichen mit 1.000 und mehr Beschäftigten (in 1.000)[1] -

Wirtschaftsbereich[2]	erfaßte AN insgesamt	Tarifliche WAZ in Stunden		Arbeitstage pro Jahr [3]	Tarifliche Jahres-AZ in Stunden [4]
		vereinbart	in Kraft zum 31.12.93		
Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft	216	39,3	39,3	222,9	1.751,1
darunter:					
- Landwirtschaft	65	40,0	40,0	223,6	1.788,7
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	324	38,8	38,8	210,3	1.631,5
darunter:					
- Energie- und Wasserversorgung	154	38,0	38,0	218,1	1.657,6
- Bergbau	170	39,6	39,6	203,2	1.607,8
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1.136	37,3	37,5	219,1	1.652,7
darunter:					
- Eisen- u. Stahlindustrie	139	35,0	36,5	218,5	1.594,9
- Chemische Industrie	691	37,5	37,5	219,0	1.658,9
Investitionsgütergewerbe	4.980	35,4	36,3	219,0	1.597,9
darunter:					
- Metallverarb. Industrie	3.652	35,0	36,0	218,9	1.586,9
- Metallverarb. Handwerk	1.162	36,9	37,2	219,3	1.634,2
Verbrauchsgütergewerbe	1.463	36,7	37,5	219,3	1.637,3
darunter:					
- Holzverarb. Industrie	189	35,0	37,1	218,8	1.624,0
- Druckindustrie	185	35,0	37,0	219,0	1.620,6
- Lederindustrie	45	38,8	39,0	221,0	1.723,0
- Textil-/Bekleid.Industrie	303	37,0	37,3	219,6	1.653,1
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	767	38,1	38,2	220,8	1.686,9
Baugewerbe	1.212	39,0	39,0	219,9	1.714,8
darunter:					
- Bauhauptgewerbe	960	39,0	39,0	219,5	1.711,9
Handel	3.068 MTV	37,9	37,9	220,9	1.673,5
darunter:					
- Großhandel	1.053	38,5	38,5	219,1	1.686,5
- Einzelhandel	1.839	37,5	37,5	222,0	1.664,3
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	985	38,5	38,6	219,3	1.695,7
darunter:					
- Dt. Bundesbahn	107	38,5	38,5	219,0	1.686,3
- Dt. Bundespost	229	38,5	38,5	219,0	1.686,3
- Priv. Transport- und Verkehrsgewerbe [5]	420	38,6	38,7	221,0	1.714,3
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	669	38,6	38,6	218,0	1.682,2
darunter:					
- Banken	389	39,0	39,0	218,0	1.700,4
- Versicherungen	280	38,0	38,0	218,0	1.656,8
Private Dienstleistungen, Organisationen ohne Erwerbszweck	1.668	38,6	38,8	221,1	1.715,6
darunter:					
- Hotel- u. Gaststättengewerbe	526	39,1	39,2	221,9	1.741,3
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	2.532	38,5	38,5	218,9	1.685,5
darunter:					
- Bund, Länder, Gemeinden	2.220	38,5	38,5	219,0	1.686,3
Gesamte Wirtschaft	19.020	37,4	37,8	219,5	1.659,8

Fußnoten s. Rückseite

Quelle: WSI-Tarifarchiv Stand: 31.12.1993

Fußnoten zu Tabelle 19:

1) Da keine amtliche Beschäftigtenstatistik nach den Abgrenzungen der Tarifbereiche vorliegt, müssen die von den Geltungsbereichen der Tarifverträge erfaßten Arbeitnehmer aus zahlreichen Quellen schätzungsweise ermittelt werden; die Angaben umfassen i.d.R. auch die Auszubildenden und beziehen sich, soweit keine anderen Quellen vorhanden sind, auf sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer.

2) Die Abgrenzung der Tarifbereiche entspricht nicht immer der Abgrenzung der Wirtschaftsbereiche in den vorliegenden Statistiken; die Zuordnung erfolgt nach dem Schwergewicht der einzelnen Tarifbereiche.

3) Berechnungsbasis sind einheitlich 250 potentielle Arbeitstage pro Jahr minus durchschnittlichem Urlaubsanspruch und sonstigen arbeitsfreien Tagen pro Jahr.

4) Tarifliche Jahresarbeitszeit ist

$$\frac{\text{= Anzahl tariflicher AT pro Jahr}}{5} \text{ x tarifliche Wochenarbeitszeit}$$

Veränderungen der tariflichen Wochenarbeitszeit im Laufe des Jahres sind berücksichtigt.

5) Ohne Personenbeförderung, Schiffahrt, Häfen und Lagerhausbetriebe, soweit dafür besondere TVe abgeschlossen werden.

Kündbarkeit der tariflichen Wochenarbeitszeit und der tariflichen Urlaubsregelung

- AN in Tarifbereichen mit 1.000 und mehr Beschäftigten (in 1.000) [1] -

Wirtschaftsbereich [2]	erfaßte AN insgesamt	tarifliche Wochenarbeitszeit kündbar [3]			tariflicher Jahresurlaub kündbar [3]		
		bis einschl. 1994	1995	1996 und später	bis einschließl. 1994	1995	1996 und später
Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft	216	216	-	-	216	-	-
darunter:							
- Landwirtschaft	65	65	-	-	65	-	-
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	324	145	161	18	255	51	18
darunter:							
- Energie- und Wasserversorgung	154	68	68	18	85	51	18
- Bergbau	170	77	93	-	170	-	-
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1.136	186	6	944	316	29	791
darunter:							
- Eisen- u. Stahlindustrie	139	-	-	139	139	-	-
- Chemische Industrie	691	-	-	691	-	-	691
Investitionsgütergewerbe	4.980	704	88	4.188	4.934	-	46
darunter:							
- Metallverarb. Industrie	3.652	-	-	3.652	3.652	-	-
- Metallverarb. Handwerk	1.162	679	88	395	1.124	-	38
Verbrauchsgütergewerbe	1.463	395	375	670	1.110	34	319
darunter:							
- Holzverarb. Industrie	189	-	-	189	-	-	189
- Druckindustrie	185	-	-	185	185	-	-
- Lederindustrie	45	41	-	4	45	-	-
- Textil-u. Bekleid.Industrie	303	-	303	-	303	-	-
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	767	619	121	27	562	164	41
Baugewerbe	1.212	106	1.097	9	104	1.098	10
darunter:							
- Bauhauptgewerbe	960	-	960	-	-	960	-
Handel BTU	3.068	1.559	173	1.336	1.559	166	1.343
darunter:							
- Großhandel	1.053	1.053	-	-	1.053	-	-
- Einzelhandel	1.839	338	166	1.335	338	166	1.335
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	985	798	105	82	754	59	172
darunter:							
- Dt. Bundesbahn	107	107	-	-	107	-	-
- Dt. Bundespost	229	229	-	-	229	-	-
- Priv. Transport- und Verkehrsgewerbe 4)	420	285	89	46	285	-	135
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	669	669	-	-	669	-	-
darunter:							
- Banken	389	389	-	-	389	-	-
- Versicherungen	280	280	-	-	280	-	-
Private Dienstleistungen, Organisationen ohne Erwerbszweck	1.668	1.107	195	363	1.053	282	330
darunter:							
- Hotel- u. Gaststättengew.	526	448	27	51	448	27	51
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	2.532	2.529	-	3	2.532	-	-
darunter:							
- Bund, Länder, Gemeinden	2.220	2.220	-	-	2.220	-	-
Gesamte Wirtschaft	19.020	9.033	2.321	7.640	14.064	1.883	3.070

Fußnoten s. Rückseite

Quelle: WSI-Tarifarchiv Stand: 31.12.1993

Fußnoten zu Tabelle 20:

1) Da keine amtliche Beschäftigtenstatistik nach den Abgrenzungen der Tarifbereiche vorliegt, müssen die von den Geltungsbereichen der Tarifverträge erfaßten Arbeitnehmer aus zahlreichen Quellen schätzungsweise ermittelt werden; die Angaben umfassen i.d.R. auch die Auszubildenden und beziehen sich, soweit keine anderen Quellen vorhanden sind, auf sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer.

2) Die Abgrenzung der Tarifbereiche entspricht nicht immer der Abgrenzung der Wirtschaftsbereiche in den vorliegenden Statistiken; die Zuordnung erfolgt nach dem Schwergewicht der einzelnen Tarifbereiche.

3) Falls sich die Einzelspalten nicht zur AN-Gesamtangabe aufaddieren, existiert in den betreffenden Wirtschaftszweigen eine Anzahl von Arbeitnehmern ohne tarifliche Wochenarbeitszeitregelung oder Sonderregelung (z.B. Heimarbeiter in der Bekleidungsindustrie).

4) Ohne Personenbeförderung, Schiffahrt, Häfen und Lagerhausbetriebe, soweit dafür besondere TVe abgeschlossen werden.

West

Tarifabschlüsse in ausgewählten Tarifbereichen im Jahr 1993

Gewerkschaft	Tarifbereich - fachlich - räumlich - persönlich begünstigte Arbeitnehmer	Lohn, Gehalt, Entgelt		Sonstige Bestimmungen
		Steigerung	in Kraft ab Laufzeit in Monaten	
ÖTV IGBE	**Energiewirtschaft** NRW (GWE-Bereich) AN 45.200	3,2 vH	1.7.93 12 Monate	Änderung zum Mantel-TV mit Erhöhung des Hausstandsgeldes zum 1.7.93 und 1.7.94 und Verlängerung der Laufzeit des MTV um 2 Jahre bis 31.12.95
IGBE	**Steinkohlenbergbau** Ibbenbüren, Ruhr, Aachen, Saar, Bergbau-Spezialgesellschaften Arb./Ang. 134.700	-	1.3.93 18 Monate	Anstelle von Einkommenserhöhungen 6 zusätzliche Freischichten (bisher 16/Jahr, Saar 15) Automatische Umwandlung in Geld (3,0 vH) nach Ablauf dieser Regelung Einschränkung von Mehr-, Sonn- und Feiertagsarbeit
	Ruhr Arb./Ang. 93.000	-	1.1.94 24 Monate	Durch Umwandlung der ab 1.9.94 vorgesehenen Einkommenserhöhung von 3 vH 8 bezahlte Zusatzfreischichten, Ausgleich in Geld ab 1.1.96 22 weitere bezahlte Zusatzfreischichten (bisher 16) finanziert durch Verzicht auf jeweils 6 vH der Löhne und Gehälter, Jahresleistung, lohnabhängige Zuschläge sowie der Nachtarbeitszulage Umwandlung eines Teils der Jahresleistung in monatliche Festbeträge von DM 110; Rest als Erholungsbeihilfe (DM 300) und W-Geld (DM 2.200) Sozialer Ausgleich bei den unteren Einkommensgruppen. Verlängerung des TV zur Einschränkung von Mehr-, Sonn- und Feiertagsarbeit Über eine mögliche Anhebung der Einkommen ab 1.9.94 kann unabhängig von diesem TV-Abschluß verhandelt werden Übernahme aller Ausz. in unbefristete Arbeitsverhältnisse Wegen Erreichen des Ausbildungsziels keine Freischichtenregelung für Ausz. und Jungbergleute

Tarifabschlüsse in ausgewählten Tarifbereichen im Jahr 1993

Gewerk-schaft	Tarifbereich - fachlich - räumlich - persönlich begünstigte Arbeitnehmer	Lohn, Gehalt, Entgelt		Sonstige Bestimmungen
		Steigerung	in Kraft ab Laufzeit in Monaten	
CPK	**Chemische Industrie** Bundesgebiet-West und Berlin-West AN 691.400	Nach 3 Nullmonaten 2,0 vH	1.2./1.3./ 1.4.94	Vereinbarung einer Regelung über Einstellbezüge während des ersten Beschäftigungsjahres für ab dem 1.2.94 beginnende Arbeitsverhältnisse: 95 vH für die Entg.Gr. E 1 - E 9 92,5 vH für die Entg.Gr. E 10 - E 13 90 vH für AN, die entweder 6 Monate vor der Einstellung oder in den 24 Monaten vor der Einstellung 12 Monate oder länger in keinem Arbeitsverhältnis gestanden haben Zugrundelegung des Tarifentgelts für Oktober 1993 für die Berechnung der Sonderzahlung in den Jahren 1994 und 1995 Möglichkeit einer bis zu 2 1/2stündigen Über-/Unterschreitung der regelmäßigen tariflichen wöchentlichen Arbeitszeit (bisher 2 Stunden) Empfehlungen der Tarifvertragsparteien zur Beschäftigungsförderung
IGM	**Metallindustrie** (einschl. Gießereien, ohne Feinblechpackungsindustrie, Heizungsindustrie und -handwerk, VW-Werk) alle Tarifbereiche im Bundesgebiet-West und Berlin-West Arb./Ang. 3.651.900	3,0 vH (Stufe)	1.4.93 9 Monate	AZ-Verkürzung von 37 auf 36 Std./W. ab 1.4.93 (bereits vereinbart im Mai 1990) 13. Monatseinkommen: Anhebung um je 5 Punkte auf 30 - 60 vH eines ME (aus Stufenabkommen 1992)
IGM HBV	**Kfz-Gewerbe** alle Tarifbereiche im Bundesgebiet-West ohne Bremen und Berlin-West Arb./Ang. 268.700	3,4 - 5,8 vH regional unterschiedlich, teilweise weitere Stufenerhöhungen	1.1. - 1.7.93 12 Monate (Nieders.30 M., Bayern 11 M.)	in den meisten Bereichen AZ-Verkürzung von 37 auf 36 Std./W. teilweise durch Stufenregelung bis 1995/96/97/98; Sonderregelungen für ältere AN in Nordrhein-Westfalen

Tarifabschlüsse in ausgewählten Tarifbereichen im Jahr 1993

Gewerkschaft	Tarifbereich - fachlich - räumlich - persönlich begünstigte Arbeitnehmer	Lohn, Gehalt, Entgelt		Sonstige Bestimmungen
		Steigerung	in Kraft ab Laufzeit in Monaten	
GHK	**Holzverarbeitende Industrie** alle Tarifbereiche West Arb./Ang. 189.700	2,8/3,0/3,4/ 3,5 vH regional unterschiedlich	1.1./1.2./1.3./ 1.4.93	
		1,0/1,5/1,9/ 2,3 vH (Stufe) regional unterschiedlich	1.7./1.8./1.9./ 1.10./1.12.93	
		Bayern: 1,33 Lohnausgleich für bereits vereinbarte AZ-Verkürzung (keine Stufenerh.)	1.4.93 12 Monate	
IGMed.	**Papierverarbeitende Industrie** Bundesgebiet-West und Berlin-West Arb./Ang. 103.000	3,2 vH	1.2.93 12 Monate	
IGMed.	**Druckindustrie** Bundesgebiet-West und Berlin-West Arb./Ang. 185.000	3,3 vH	1.4.93 12 Monate	
GL	**Schuhindustrie** Bundesgebiet-West Arb./Ang. 26.900	3,37 vH im Durchschnitt	1.1.93 12 Monate	

Tarifabschlüsse in ausgewählten Tarifbereichen im Jahr 1993

Gewerkschaft	Tarifbereich - fachlich - räumlich - persönlich begünstigte Arbeitnehmer	Lohn, Gehalt, Entgelt		Sonstige Bestimmungen
		Steigerung	in Kraft ab Laufzeit in Monaten	
GTB	**Bekleidungsindustrie** Bundesgebiet-West und Berlin-West Arb./Ang. 130.500	1,4 vH Lohnausgleich für bereits vereinbarte AZ-Verkürzung 2,1 vH	1.5./1.7.93 1.6./1.8.93 12 Monate	Inkraftsetzung der ersten Stufe des LRTV
NGG	**Süßwarenindustrie** Bundesgebiet-West und Berlin-West ohne Bayern AN 50.000	3,2 - 3,6 vH regional unterschiedlich	1.4./1.5./1.6./1.7./1.8.93 12 Monate	
BSE	**Bauhauptgewerbe** Bundesgebiet-West und Berlin-West Arb./Ang. 959.800	3,85 vH	1.4.93 12 Monate	
HBV	**Einzelhandel** alle Tarifbereiche im Bundesgebiet-West und Berlin-West Arb./Ang. 1.838.900	3,3 vH 3,3 vH (Stufe)	1.3. - 1.7.93 12 Monate (Saarland 11 M.) 1.3. - 1.6.94 (Schleswig-Holstein 11 M., ohne Berlin-West)	stärkere Anhebung der Endstufe VerkäuferIn sowie zahlreiche Strukturverbesserungen neue MTVe (ohne Baden-Württ. und Berlin) u.a.: - 2 AT mehr Urlaub f. Jugendliche, teilw.auch für junge Erwachsene - U-Geld von 50 auf 55 vH eines Endgehalts VerkäuferIn ab 1996 - SZ von 50 auf 60 vH eines ME in Stufen bis 1996 - Fortschreibung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall für alle AN bis zu 6 Wochen - Bestandsschutz für längere Kündigungsfristen - 4 Wochen unbezahlte Freistellung zur Pflege erkrankter Familienmitglieder - in mehreren Tarifbereichen Verlängerung des Eltern-/Erziehungsurlaubs von 4 auf 5 Jahre

Tarifabschlüsse in ausgewählten Tarifbereichen im Jahr 1993

Gewerkschaft	Tarifbereich - fachlich - räumlich - persönlich begünstigte Arbeitnehmer	Lohn, Gehalt, Entgelt		Sonstige Bestimmungen
		Steigerung	in Kraft ab Laufzeit in Monaten	
ÖTV	**Privates Transport- und Verkehrsgewerbe** alle regionalen Tarifbereiche im Bundesgebiet-West Arb./Ang. 403.900	2,9 - 3,5 vH regional unterschiedlich; Bayern 1993: tariflos	1.4./1.5.93 12 Monate[1)]	Baden-Württemberg: - Strukturverbesserungen im Lohnbereich - Urlaubsgeld- und Sonderzahlungserhöhungen Lohnabschluß erst nach Warnstreiks Bayern: Neuer Mantel-TV mit Urlaubsverlängerung, Urlaubsgeld- und Weihnachtsgelderhöhung Hessen: Neue Mantel-TVe mit Stufenplan zur AZ-Verkürzung (1993: 39 Std.) und Urlaubsverlängerung
HBV	**Privates Bankgewerbe** Bundesgebiet-West und Berlin-West AN 389.100	3,3 vH mind. DM 125	1.2.93 12 Monate	Verlängerung der Vorruhestandsregelung bis 31.12.95 Änderung der Elternurlaubsregelung
NGG	**Hotel- und Gaststättengewerbe** Bayern AN 124.900	3,7 vH	1.4.93 12 Monate	
BSE	**Gebäudereinigerhandwerk** alle regionalen Tarifbereiche im Bundesgebiet-West (ohne Baden-Württ.) Arb./Ang. 153.400	1,4. - 2,3 vH zuzügl. 2,6 vH Lohnausgleich für 1992 vereinb. AZ-Verkürzung Baden-Württemberg 1993 tariflos	1.1./1.3./1.5./1.6.93 12 Monate	

1) teilw. einschl. Nullmonaten (Rhld.-Pfalz: 15 Mon.)

Tarifabschlüsse in ausgewählten Tarifbereichen im Jahr 1993

Gewerkschaft	Tarifbereich - fachlich - räumlich - persönlich begünstigte Arbeitnehmer	Lohn, Gehalt, Entgelt		Sonstige Bestimmungen
		Steigerung	in Kraft ab Laufzeit in Monaten	
ÖTV	**Öffentlicher Dienst** -West Bund, Länder, Gemeinden Arb./Ang. 2.220.300	3,0 vH	1.1.93 12 Monate	Anhebung des Kinderzuschlags für die unteren Gruppen um DM 10 auf DM 30/40/50 ab dem 2. Kind, erstmals DM 10 für das 1. Kind Wiederinkraftsetzung der Bestimmungen über die regelmäßige Wochen-AZ (38,5 Std. und 2 freie Tage/Jahr) bis 31.12.93

West

Weitere Tarifabschlüsse des Jahres 1993

Gewerk-schaft	Tarifbereich - fachlich - räumlich - persönlich begünstigte Arbeitnehmer	Regelungen
IGM	**Volkswagen AG** Arb./Ang. 100.000	Einführung der Vier-Tage-Woche mit 28,8 Std./W. ab 1.1.1994 für zwei Jahre zur Abwendung betriebsbedingter Kündigungen. Gleichbleibendes Monatseinkommen u.a. durch die Umwandlung von Jahresleistungen in monatliche Zahlungen.
GdED	**Deutsche Bundesbahn/ Deutsche Reichsbahn** Arb./Ang. 107.200/165.000	Vollständiges neues Tarifwerk für die künftige Bahn-AG mit einheitlichem Tarifgebiet für DB und DR, gültig ab 1.1.1994
IGMed.	**Kulturkanal ARTE**	Europäischer Tarifvertrag in Tarifgemeinschaft mit der französischen Gewerkschaft GFDT. Vereinbart wurden Gehaltserhöhungen sowie ein Ausgleich für Währungsverluste für deutsche MitarbeiterInnen. Manteltarifvertragsverhandlungen folgen.
ÖTV	**Ortskrankenkassen** Arb./Ang. West: 32.000 Ost: 15.000	Abschluß eines Fusions-TV zur Regelung arbeits- und dienstrechtlicher Auswirkungen bei der Vereinigung von AOKs u.a. mit umfassenden Schutzregelungen (Ausschluß von Kündigungen und Abgruppierungen), Qualifizierungsmaßnahmen durch AG, Vorruhestandsregelungen (TV gilt auch für die neuen Länder)